V. b. b. Zeitung vom Verleger versendet „Journal expédie par l'éditeur"

1. Jahrgang - Nr. 22 - Preis 25 Groschen - 8 Seiten

der Judenstaat

zionistisch-revisionistisches Organ — **Erscheint wöchentlich**

Abonnement-Preis: Österreich: vierteljährig S 2·90, halbjährig S 5·50, ganzjährig S 10·— / Deutschland: vierteljährig RM. 2·— / Polen: vierteljährig Zl. 3·50
Jugoslavien: vierteljährig Din. 40·— / Rumänien: vierteljährig Lei 100·— / C.S.R.: vierteljährig Kc. 15·— / Schweiz und übrige Länder: vierteljährig Schw. Frc. 2·90
Österreichisches Postsparkassen-Konto B-11.035, Tschechoslowakisches Postsparkassen-Konto 501.540, Polnisches Postsparkassen-Konto Dr. Aron Goldin 27.765

Wien, Freitag, den 6. Oktober 1933
ווינה, ביום ו׳ ט״ז תשרי תרצ״ד
| Redaktion und Administration: **Wien, 9., Berggasse Nr. 16 - Telephon Nr. A-17-5-40**

Ein geleugnetes Protokoll und ein geheimnisvoller Nachrichtengeber

(Von unserem Korrespondenten)

Tel-Awiw. Die Verhandlungen vor dem Friedensgericht nehmen immer einen eigenartigen Verlauf. Es rücken immer noch die von der Polizei geführten, also die Belastungszeugen auf. Die Polizei hat allerdings sogar mit diesen viel Pech. Der eine oder der andere muß im Kreuzverhör der Polizei in einer Weise bloßstellen, daß das schlecht präparierte Netz ihrer Anklage immer löchriger wird.

Besonders charakteristisch war in dieser Hinsicht die Verhandlung vom 15. September. An diesem Tag sagten Frau Käthe Dan, die Inhaberin der Pension, in der Arlosoreff am 16. Juni wohnte, und der Polizist Kampf auch. Frau Dan erklärte, daß Frau Arlosoroff unmittelbar nach dem Mord den einen der Attentäter als europäisch gekleideten Menschen, den anderen als ausgesprochenen orientalischen Typus schilderte, der sehr wohl ein Araber sein konnte. Damals wurde auch ein Protokoll über diese Erklärung der Frau Arlosoroff aufgenommen. Der Polizeiinspenktor Schiff aber hatte in seiner Aussage dieses Faktum geleugnet. Nicht minder pikant ist, war die Erklärung des Polizisten Kampf, wonach er unmittelbar nach der Nachricht vom Mord mit dem arabischen „Ausspürer" am Tatort erschienen sei. Der [illegible] Mannes, einer Frau und eines Hundes zu erkennen [illegible]

Dieser für die Polizei unerfreulich sensationsreiche Verhandlungstag brachte der Öffentlichkeit übrigens eine weitere Sensation. Es wurde aus der Aussage der Frau Käthe Dan bekannt, daß die erste Nachricht vom Mord aus ihrer Pension der Polizei von einem Manne namens Kressner, einem gewesenen Polizisten und heutigen Beamten der sozialistischen „Histadruth", übermittelt wurde. Dieser geheimnisvolle Nachtrichtengeber was nach dem Mord unvermittelt und plötzlich in der Pension erschienen, gerade in jenem Augenblick, als Frau Dan im Begriffe war, die Polizei telephonisch zu verständigen. Kressner riß ihr förmlich den Hörer aus der Hand, um das Gespräch selbst zu führen.

Stavkys Alibi

Jaffa, 28. September (J. T. A.). Bei der Fortsetzung des Verhörs in der Untersuchung gegen die der Teilnahme an der Ermordung Dr. Arlosoroffs Beschuldigten wurde am 28. September der Zeuge Jakob Zelivansky einvernommmen, jener junge Mann, der sich zur Zeit der Tat in der Nähe der Mordstelle am Strande von Tel Aviv aufhielt. Er erklärte, er sei, als der Schuß fiel, herbeigeeil und habe geholfen, Dr. Arlosoroff fortzutragen. Der verwundete Artosoroft habe gesagt, er wisse nicht, wer die Attentäter waren. Staatsanwalt Shitrit verlas eine 51 Seiten umfassende Erklärung, in der Stavsky sein Alibi nachzuweisen sucht. Es wird angegeben, daß Stavsky am Tage des Mordes in Jerusalem war, abends in einem Restaurant speiste und die Nacht in einem Jerusalemer Hotel zubrachte. Am folgenden Tage sei er im polnischen Konsulat gewesen, um sich ein Visum zu besorgen. Von dem Morde habe er erst mittag erfahren und sei dann nach Tel-Awiw zurückgekehrt. Der hierauf einvernommene Beschuldigte Moses Habas stellte jede Beteiligung an der Mordsache in Abrede. Rosenblatt teilt in einer Erklärung mit, er habe am Tage des Mordes einer Zusammenkunft des Brith Trumpeldor in Kfar Saba beigewohnt und die Nacht dort in einem Zelt zugebracht.

England regelt das Nichteinwanderndürfen

In der «Official Gazette», dem palästinensischen Amtsblatt, veröffentlicht Chefsekretär John Hathorn Hall Bestimmungen der neuen Einwanderungsverordnung, in denen u. a. neun Hafen- resp. Grenzstädte als einzige legale Einreisepunkte für Palästina bezeichnet werden. Dem Generalinspektor der Polizei und seinem Stellvertreter wird das Recht gegeben, Ausweisungsbefehle auszustellen und Personen, die vor der Ausweisung stehen, gefangen zu halten, ihnen Zwangsaufenthalt vorzuschreiben oder von ihnen eine Sicherstellung zu erheben. Ferner werden die Kategorien angegeben, die von der Zahlung der Einwanderungsabgabe befreit sind. Hierher gehören Angestellte des Regierungshauses, Schwestern im Regierungs- oder Heeresdienst, Erzieherinnen im Dienste von Regierungsbeamten oder Offizieren, amtliches und häusliches Personal des Konsularkorps, Priester aller Bekenntnisse, religiöse Führer, Mitglieder archäologischer Expeditionen und Touristen, denen verlängerter Aufenthalt bewilligt wurde.

Und läßt nicht landen . . .

Von den Passagieren des in Haifa eingetroffenen rumänischen Dampfers Dacia wurden 27 Personen, hauptsächlich junge Mädchen, die mit Touristenvisen gekommen waren, zur Landung nicht zugelassen. Sie mußten nach Constanza zurückreisen.

Die Juden im Minderheitskongreß nicht mehr vertreten.

Genf. Der Kongreß der europäischen Nationalitäten (Minderheitskongreß), der vor kurzem in Bern tagte, und an dessen Beratungen die Vertreter der jüdischen Minderheiten bekanntlich diesmal nicht teilgenommen haben, hat den Präsidenten des Comité des Délégations Juives Leo Motzkin, der seit Schaffung des Nationalitätenkongresses der Exekutive dieser Körperschaft angehörte, abermals in die Exekutive gewählt. Im Hinblick auf die Stellungnahme des Kongresses zur Judenfrage hat Leo Motzkin dem Präsidenten des Minderheitenkongresses Abg. Wilfan schriftlich mitgeteilt, daß er die auf ihn gefallene Wahl nicht annehme.

Somit hat das Verhältnis der jüdischen Minderheiten zum europäischen Nationalitätenkongreß ein Stadium erreicht, daß einer gänzlichen Loslösung der Juden von dieser Institution gleichkommt.

Rosch Haschanah in Palästina

Das Rosch Haschana-Fest wurde in diesem Jahre in Palästina unter stärkster Beteiligung aller Bevölkerungskreise mit besonderer Inbrunst begangen. Alle Synagogen und die zahlreichen für den Feiertagsgottesdienst bereit gehaltenen Säle waren überfüllt. Die Zahl der Teilnehmer an den Gottesdiensten übertraf die früheren Jahre um Tausende. Außerordentlich stark war die deutschen Juden und ihrer [illegible]

Die Klagemauer wies einen an Tischa b'Aw und den Vorabend des Versöhnungstages erinnernden Massenbesuch auf. Beamte der Distriktsverwaltung überwachten hier die Ordnung, die wie überall im ganzen Lande musterhaft aufrechterhalten wurde.

Die Zahl der Personen, die anläßlich des Rosch Haschana-Festes nach Jerusalem gekommen waren, wird auf etwa zehntausend geschätzt. Alle Züge und Ueberlandautobusse waren am Tage vor Rosch Haschanä voll besetzt. Die Autobushauptlinie Tel-Aviv—Jerusalem hatte einen Dauerverkehr mit Fahrtabständen von einer Minute zwischen den einzelnen Wagen eingerichtet. In Jerusalem waren alle Hotels und Privathäuser überfüllt. Unter den auswärtigen Besuchern befand sich auch eine Abteilung von 200 Mitgliedern des Brith Trumpeldor, die von Polizei begleitet zur Klagemauer zog und sich hierauf in die Umgebung Jerusalems begab.

Ein durchaus einheitliches Festbild bot die jüdische Stadt Tel-Aviv. Die Straßen waren nach den Massengottesdiensten von Fußgängern überfüllt. Der Wagenverkehr ruhte. Der Anblick des am Sonnabend und Sonntag nachmittag dicht besetzten Strandes wirkte wie ein Symbol der in der alt-neuen Heimat wiedergefundenen Lebenskraft und Lebensfreude des jüdischen Volkes.

Auch eine Neujahrsbotschaft verpflichtet zu nichts

Anläßlich des Rosch Haschana-Festes hat der Chefsekretär der Palästina-Regierung John Hathorn Hall, der während des Urlaubs General Sir Arthur Wauchopes die Geschäfte des High Commissioner führt, an den Vorsitzenden des Waad Leumi, der offiziellen Repräsentanz der palästinensischen Judenheit, Ben Zwi, ein Glückwunschschreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt:

«Die unglückliche Lage, in der sich viele Angehörige Ihrer Rasse heute in Europa befinden, und die ernsten politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, denen sie ausgesetzt sind, wirft auf die Festesfreude Ihrer Gemeinschaft notwendigerweise einen Schatten. Ich hoffe jedoch aufrichtig, daß das neue Jahr dem jüdischen Volk in der ganzen Welt mehr Glück und und Wohlergehen bringen wird.

Ich hoffe ferner zuversichtlich, daß die gegenwärtige Bedrängnis Ihrer Brüder im Ausland den Bemühungen, die Einigkeit innerhalb der jüdischen Gemeinschaft Palästinas wiederherzustellen, Bemühungen, von denen ich weiß, daß sie Ihre volle Unterstützung finden, neue Impulse und erhöhte Kraft geben wird.

Im alten Fahrwasser

Die Exekutive der Zionistischen Organisation hat ein Manifest veröffentlicht, in dem sie zu der künftigen Arbeit Stellung nimmt und die Situation, wie sie durch den Kongreß geschaffen ist, bespricht. Dieses Manifest soll wohl eine Art Regierungserklärung sein, und es ist ganz interessant, feststellen zu können, von welchem Geiste diese Regierungserklärung getragen ist, denn daraus lassen sich Schlüsse ziehen auf die politische Linie, die die neue Exekutive zu befolgen gedenkt.

An erster Stelle des Manifestes taucht wieder das auf, was den ganzen XVIII. Zionistenkongreß beherrscht hat: Der Arlosoroff-Mord. Es heißt da, daß sich der Kongreß mit Dingen beschäftigen mußte, mit denen sich kein früherer Kongreß zu beschäftigen hatte. Das klingt doch etwas eigenartig. Wenn die Exekutive behauptet, daß sich der Kongreß mit diesen Dingen beschäftigen «mußte», so weiß man bereits, daß das eine etwas gewagte Behauptung ist. Wer die Vorgänge am XVIII. Zionistenkongreß verfolgt hat, der weiß sehr gut, woher dieses «Muß» gekommen ist; daß es nur auf den Terror einer Gruppe, der stärksten Partei am Kongreß und ihrer Mitläufer zurückzuführen ist. Diese Partei, die nicht wußte, was sie mit ihrer Majorität am Kongreß beginnen sollte, setzte den Kongreß in einer ganz unerhörten Weise unter Druck, indem sie ihn eben zwang, sich mit Dingen zu beschäftigen, mit denen sich noch nie ein Kongreß beschäftigt hat, und in diesem Sinne ist das richtig, was die Exekutive vom «Muß» sagt. Das «Muß» ging nur von der «Linken» aus, die zu dem Unglück der Ermordung ihres Führers noch ein zweites Unglück hinzugefügt hat, nämlich die schändliche Hetze wegen des Arlosoroff-Mordes und der sogar den Kongreß in einem Augenblicke höchster Not des jüdischen Volkes in ein demoralisierendes Tribunal verwandelt hat. Und die Folgen sind nicht ausgeblieben: Die ganze jüdische Welt, die von diesem Kongreß Arbeit und Rettung erwartet hat, (denn das hat man ihr in der großzügigen Reklame, die ihm voranging, versprochen), sie hat sich enttäuscht abgewendet. Aber man glaube nicht, daß wir Revisionisten triumphierend vor dieser Ratlosigkeit und Erfolglosigkeit der uns bekämpfenden Mehrheitspartei der Zionistischen Organisation dastehen, nein, erschüttert sehen wir, was die Parteigegnerschaft und blinder Parteigeist aus der Schöpfung Herzls gemacht haben.

Und man sollte doch erwarten, daß wenigstens die von dieser unfähigen und verblendeten Mehrheit gewählte Leitung sich endlich besinnt, aber man muß leider feststellen, daß das Manif[illegible] der Arlosoroff-Hetze ausströmt. Das Manifest redet von der Untersuchungskommission, die vom Kongreß beschlossen wurde, und sagt von ihr, daß sie alle die brennenden Fragen im Zionismus lösen wird, die in den letzten Monaten entstanden sind. Das also sind nach Ansicht der neuen Exekutive die «brennenden Fragen» des Zionismus. Nicht das Unglück unserer Brüder in Deutschland, nicht das Unglück unserer Brüder in Rußland, nicht die katastrophale Lage unserer Brüder in der ganzen übrigen Welt, nicht die Situation, die durch den French-Bericht in Palästina geschaffen ist, nicht die neuen Einwanderungsschwierigkeiten, nicht die Erschwerung des Bodenkaufes in Palästina, nicht die drohende Gefahr eines Parlamentes mit arabischer Mehrheit, nein, das alles tritt zurück vor dem Parteigeist, vor der Parteiverblendung, vor dem «brennenden» Interesse der Mehrheitspartei!

Das Manifest der Exekutive zeigt aber noch etwas. Es befaßt sich nämlich auch mit der Frage der deutschen Juden und enthält die darauf bezügliche Behauptung: «Diese Frage stand im Mittelpunkt der Beratungen des Kongresses». Da horcht man natürlich ganz erstaunt auf, denn das ist sogar dem, der den ganzen Kongreß mitgemacht hat, — nicht zu reden von denen, die nicht am Kongreß waren — eine ganz neue, bisher unbekannte Tatsache. Und das verträgt sich doch nicht mit der Ansicht, die die Exekutive an anderer Stelle des Manifestes kundgibt, wo sie von den «brennenden Fragen» spricht und als solche klar und deutlich diejenigen zu erkennen gibt, die im Zusammenhang stehen mit dem Arlosoroff-Fall. Man weiß da nicht recht, welche die wichtigeren Fragen sind, ob die, welche als «brennende Fragen» bezeichnet werden, oder die, von denen behauptet wird, daß sie «im Mittelpunkt der Beratungen des Kongresses» standen — ob, diejenigen, die das Manifest an erster Stelle nennt, oder diejenigen, die auch noch im Manifest genannt werden. Man müßte da vielleicht noch in die Schule zurückgehen und dort etwas Sprachstudium betreiben. Oder man müßte vielleicht bei der Partei lernen, die nicht das erste Mal mit solchen kunstvollen Wortschöpfungen manipuliert, die es schon fertiggebracht hat, Klassenkampf und Zionismus durch solche kunstvolle Wortschöpfungen auf einen Nenner zu bringen.

Es drängt sich aber unwilkürlich der Gedanke auf, daß die neue Exekutive doch sehr gut weiß, welche Fragen die «brennenden Fragen» sind, daß ihr aber das Parteiinteresse gebietet, andere Dinge in der Oeffentlichkeit als «brennende Fragen» hinzustellen. Und hier liegt der offensichtliche Widerspruch: Man weiß sehr gut, daß im Mittelpunkte der Beratungen des Kongresses die Frage der deutschen Juden hätte stehen müssen und nicht die «brennenden Fragen der Arlosoroff-Hetze». Hier kommt der Gewissenskonflikt klar zum Ausdruck, hier zeigt sich in einem vielleicht nicht ganz vorsichtig, oder besser gesagt, nicht ganz diplomatisch gefaßten Satz die ganze Schwäche der dem gesamtzionistischen Interesse widersprechenden Taktik der heutigen Zionistischen Organisation und ihrer Leitung, der Exekutive. Und wenn dann die Exekutive am Schlusse ihres Manifestes sagt, daß niemand es mehr bedauert als die Mitglieder dieser Exekutive, daß es nicht möglich war, eine Koalition zu schaffen, die sich auf alle schöpferischen und konstruktiven Kräfte am Kongreß stützt, so hat man zu diesen Worten kein Vertrauen. Sie verstärken eher das Bewußtsein, daß sich diese Exekutive ganz ungeniert hinter ihre Diplomatie verschanzt, um die Parteiherrschaft in der Zionistischen Organisation zu befestigen.

Das Manifest der neuen zionistischen Exekutive ist lehrreich, in dem Sinne nämlich, daß die zionistische Oeffentlichkeit nun weiß, wie sie zu reagieren hat.

Dr. Oskar Better.

Völkerbund und Juden

Die Palästinafrage

In der 6. Kommission des Völkerbundes erstattete der norwegische Delegierte Lange, Bericht über die Tätigkeit der Mandatskommission und führte aus, die Mandatarmacht habe im abgelaufenen Jahre die Einwanderung von Juden nach Palästina erleichtert, indem sie, den jüdischen Körperschaften, die sich mit dieser Einwanderung befassen, hinsichtlich der Zahl der Einwanderer mehr Entgegenkommen, als bisher gezeigt hat; dies sei insbesondere im Hinblick auf die zahlreichen jüdischen Auswanderer aus Deutschland, die eine neue Heimat suchen, von Bedeutung.

Hierauf ergriff der Minister des Aeussern der tschechoslowakischen Republik, Dr. Edouard Benes, als der Berichterstatter über Mandatsangelegenheiten im Völkerbundsrate das Wort, und sprach seine Genugtuung darüber aus, daß die Frage der Juden und Palästina nun des Näheren erörtert werden soll. Das Palästinaproblem habe gegenwärtig eine ausserordentliche Bedeutung gewonnen. Schätzungsweise dürften in diesem Jahre mehr als 30.000 jüdische Einwanderer nach Palästina kommen; 15.000 Neueinwanderer weilen bereits in Palästina.

Debatte über Palästina

Ueber die im politischen Ausschuß der Völkerbundversammlung abgeführte Palästina-Debatte weiß das Wollfsche Büro aus Genf vom 3. Oktober zu berichten:

Im politischen Ausschuß der Völkerbundversammlung ergab sich gestern bei Erörterung der Mandatsfrage aus den Reden der verschiedenen Delegierten, daß eine Anzahl Länder daran interessiert ist, für ihren jüdischen Bevölkerungsüberschuß eine Ansiedlungsmöglichkeit in Palästina zu schaffen. Insbesondere kam es dem polnischen Vertreter darauf an, gegenüber der Einwanderung aus Deutschland auch die Interessen der polnischen Juden nicht in den Hintergrund treten zu lassen. Der englische Vertreter Sir Ormsby-Gore wies darauf hin, daß die Mandatsgebiete in Vorderasien nur über beschränkten Raum verfügen und daß überstürzte Lösungen und Masseneinwanderungen die allgemeinen Verhältnisse und die gute Verwaltung beeinträchtigen könnten. Diesem Standpunkt schloß sich der französische Delegierte Senator Bérenger im Hinblick auf das französische Mandatsgebiet in Syrien an. Auch seien nicht alle Israeliten Zionisten.

Der australische Rabbiner Freedman appellierte an England, Palästina wirklich zu der blühenden jüdischen Heimstätte aufzubauen. Der deutsche Delegierte Gesandter v. Keller kam zunächst auf die Mandatsfrage im allgemeinen zu sprechen, wobei er im Hinblick auf die englischen Ostafrikapläne die Aufrechterhaltung der Grundlage des Mandatssystems forderte. Zur Frage der jüdischen Auswanderung unterschied der deutsche Vertreter die allgemeine Seite und die spezielle Seite, hinsichtlich der Palästina-Interessen. Was die erstere anlangt, so werde sich, soweit überhaupt eine Zuständigkeit des Völkerbundes zugelassen werden könne, damit die zweite Kommission befassen. Die Auswanderung nach Palästina interessiere dagegen die Mandatskommission. Aus den Erklärungen, die hier bereits abgegeben worden seien, ginge deutlich hervor, daß sich die Einwanderung in Palästina in steigendem Maße aus einer Reihe von Staaten zusammensetze. Was seine Regierung angehe, so könne er mitteilen, daß günstige Verhandlungen mit den zuständigen Behörden eingeleitet worden seien.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Debatte über dieses Thema einen normalen Verlauf genommen hat, daß allgemein die Judenfrage als internationales Auswanderungsproblem, an dem viele Staaten interessiert sind, angesehen wurde.

Behandlung der Flüchtlingsfrage.

Genf. Der holländische Außenminister de Graeff hat der Völkerbundsversammlung am 29. September folgenden Resolutionsentwurf vorgelegt:

In den letzten Monaten hat eine große Anzahl deutscher Staatsangehöriger in verschiedenen Ländern Zu[illegible] ist in dem Maße, als die Unterstützungsmittel aus privaten Quellen erschöpft sind, ein wirtschaftliches, finanzielles und soziales Problem, das nur durch internationale Zusammenarbeit gelöst werden kann. Die Völkerbundsversammlung ersucht daher den Rat, sobald wie möglich die Methoden zu prüfen, durch die eine praktische Regelung zu diesem Zweck herbeigeführt werden kann und die notwendigen Maßnahmen für die Ausführung aller Pläne ergreifen, die aus diesen Erwägungen hervorgehen können. Gemäß ihrer finanziellen Bestimmung beschließt die Völkerbundversammlung, einen besonderen Posten in das Budget für 1936 einzusetzen».

Der holländische Außenminister betonte, daß ihm der Gedanke einer Einmischung in die innerdeutschen Angelegenheiten fernliege und es sich darum handele, praktische Maßnahmen angesichts der Tatsache zu treffen, daß Tausende von deutschen Staatsangehörigen in die benachbarten Länder ausgewandert seien und mit den bisherigen Mitteln auf die Dauer nicht versorgt werden können.

In der gleichen Sitzung kündigte der schwedische Außenminister Sandler seine Absicht an, die Judenfrage unter dem Gesichtspunkt des Minderheitsrechts im Politischen Ausschuß der Versammlung zur Sprache zu bringen.

Am 30. September wurde der Antrag der holländischen Regierung, demzufolge der Völkerbundsrat eine Neuorganisation für die Regelung der deutschen Flüchtlingsfrage schaffen soll, in der Tagesordnungskommission der Völkerbundsversammlung behandelt. Es wurde beschlossen, den Antrag der zweiten Kommission (Kom[illegible] wirtschaftliche Fragen) zuzuweisen.

Hoover Völkerbundskommissar für die Angelegenheiten der Flüchtlinge aus Deutschland?

Genf, 1. Oktober (JTA). In Völkerbundskreisen befaßt man sich mit der Frage, welche Persönlichkeiten für das Amt eines Völkerbundskommissars zur Behandlung der Angelegenheit der Flüchtlinge aus Deutschland, dessen Einsetzung bekanntlich von verschiedenen Seiten vorgeschlagen wird, in Betracht kämen. An erster Stelle wird in diesen Besprechungen der Name des früheren Präsidenten der Vereinigten Staaten Herbert Hoover genannt, dessen große Arbeit als Leiter des amerikanischen Hilfswerks zur Linderung der Nachkriegsnot in Rußland und anderen osteuropäischen Staaten in allgemeiner Erinnerung ist.

Internationales Abkommen zur Sicherung der bürgerlichen Gleichberechtigung.

Genf, 27. September (JTA). Der Delegierte von Haiti in der Völkerbundsversammlung, Frangulies, hat die Einrichtung eines Resolutionsantrages in der Völkerbundsversammlung angekündigt, in dem ein internationales, alle Staaten bindendes Abkommen vorgeschlagen wird, demzufolge die Aufrechterhaltung menschlicher und bürgerlicher Gleichberechtigung, insbesondere die Gleichheit vor dem Gesetze, für alle Staatsangehörige ohne Unterschied von Rasse, Sprache und Religion, sowie absolute Sicherheit von Leben und Freiheit gewährleistet werden sollen.

In dem Resolutionsentwurf wird ferner die Einsetzung einer internationalen Körperschaft zur Regelung der Angelegenheiten solcher Personen vorgeschlagen, die sich wegen ihrer Zugehörigkeit zu Minderheitsgruppen veranlaßt sehen, aus ihren Heimatländern auszuwandern.

Memorandum der englischen Juden.

Der Jewish Board of Deputies hat den Delegierten der Völkerbundsversammlung ein Memorandum überreicht, in dem die rechtliche und wirtschaftliche Lage der Juden in Deutschland dargestellt wird, technische Schwierigkeiten bei der Lösung der Flüchtlingsfrage, die sich insbesondere aus den Vorschriften über Vermögensausfuhr aus Deutschland ergeben, geschildert werden und schließlich der Völkerbund aufgefordert wird, durch Einsetzung eines Kommissars oder einer Kommission für die Ansiedlung der Flüchtlinge zur Lösung eines schweren Menschheitsproblems durch internationale Kooperation in ähnlicher Weise beizutragen, wie dies seinerzeit durch seine Aktionen zugunsten der griechischen und armenischen Flüchtlinge geschehen sei.

Völkerbunddebatte zur Minderheitenfrage

Genf, 3. Oktober. Die Minderheitendebatte in der sechsten Kommission nahm nach der mit vollständigem Schweigen angehörten einleitenden Erklärung des deutschen Vertreters v. Keller einen lebhaften Verlauf.

Mit unverkennbarer Schärfe stellte der französische Delegierte Senator Beranger einen Wandel in der Haltung der Deutschen fest, die nach ihrer früheren Einstellung in Genf doch daran interessiert sein sollten, die Kompentenz des Völkerbundes in Minderheitsfragen in möglichst weitem Sinn zu interpretieren. Er erinnerte an die Stellungnahme des Rates gegenüber der bekannten Petition Bernheim und an dessen Konstatierung, daß die deutsche Judengesetzgebung im Gegensatz zu den Prinzipien der Minoritätenverträge stehe. Er berief sich auf den Beschluß der Vollversammlung aus dem Jahre 1922, wonach auch die nicht durch Minderheitsverträge gebundenen Staaten sich verpflichten sollten, gegenüber ihren Minoritäten auf dem Gebiete der Rasse, der Sprache oder der Religion denselben Grad von Gerechtigkeit und Toleranz anzuwenden, wie er in den Verträgen vorgesehen ist. Er richtete an die deutsche Delegation die Frage, wie das Deutsche Reich die Gesetzgebung mit diesen Verträgen und Prinzipien in Einklang bringe. Er sagte, es bedürfe keines Kommentars, wenn man bedenke, daß in dem Artikel 67 der deutsch-polnischen Konvention, den er wörtlich zitierte, Deutschland bestimmte Verpflichtungen übernommen hat, darunter die Anerkenntnis, daß alle deutschen Staatsangehörigen vor dem Gesetze gleich sind, daß alle ohne Unterschied der Sprache, Rasse oder Religion dieselben bürgerlichen und politischen Rechte genießen, insbesondere bezüglich der Zulassung zu öffentlichen Aemtern und der Ausübung der verschiedenen Berufe und Gewerbe.

Die Darlegungen des französischen Senators wurden mit demselben starken Beifall aufgenommen, wie die darauffolgenden des schwedischen Außenministers Sadler. Dieser erklärte, die Generalisierung des Minderheitenschutzes stelle sich jetzt besonders dringlich durch die Diskriminierung der Juden in Deutschland dar. Der Völkerbund könne sich dabei nicht desinteressieren. Die 1922 aufgestellten Prinzipien stellten eine moralische Verpflichtung dar. Der schwedische Außenminister empfahl, den Entschluß von 1922 von neuem zu bestätigen und zu erwägen, wie man die Prinzipien in juristische Bindungen umwandeln könnte.

Der polnische Vertreter Raczynski beantragte die Einsetzung einer Studienkommission über die Frage der Schaffung einer internationalen Konvention zur Garantierung der Minderheitenrechte.

Die Jom Kipur Tradition der Palästina-Polizei

Jerusalem, 2. Oktober (Spezialtelegramm des „Judenstaat"). Am Abend nach Jom Kippur-Ausgang ist hier der junge Jude Aaron Zuckermann von der Polizei verhaftet worden. Zuckermann, der ein Mitglied der revisionistischen Organisation ist, hatte an der Klagemauer nach dem Neila-Gebet Schofar geblasen.

*

Im vorigen Jahr war es ein anderer junger Revisionist, Salamon Neumann, den die Jerusalemer Polizei am Jom Kippur von der Klagemauer weg in den Arrest führte. Diese Jerusalemer Polizei wird am nächsten Jom Kippur voraussichtlich wieder Gelegenheit haben, einen jungen Revisionisten abzuführen. Denn die Palästinaregierung leugnet das jüdische Besitzrecht an der Klagemauer, verbietet jede Kundgebung dieses Besitzrechtes, also auch das Schofarblasen, und kann sich sogar auf diesbezügliche „Abmachungen" berufen. Das jüdische Volk aber sieht in der Klagemauer seine heiligste nationale Stätte, wird nie auf sein Besitzrecht verzichten und revisionistische Patrioten werden am Jom Kippur sich von Kundgebungen des jüdischen Besitzrechtes nicht abhalten lassen.

Drei Kontinente fördern die Levantemesse Tel-Aviv

Von Dr. J. Adler, Tel-Aviv

Die Vorarbeiten für die «Levantemesse Tel-Aviv 1934» (26. April—26. Mai) vollziehen sich weiterhin in einer Atmosphäre außerordentlichen internationalen Wohlwollens und Interesses. Jüdische produktive Initiative hat hier, in der jüngsten orientalischen Großstadt Tel-Aviv und ihrer im ganzen Osten einzigartigen Mustermesse, eine neue Welthandelsbrücke zwischen Ost und West errichtet, der man gerade in den sachkundigsten Kreisen des internationalen Güteraustausches hohe praktische Bedeutung beilegt. Ein besonderer Beweis dafür ist die Tatsache, daß bereits bis Anfang Oktober, also noch fast sieben Monate vor Messebeginn, in Tel-Aviv von 12 Verkehrsverwaltungen aus 11 Staaten dreier Erdteile Bestätigungen namhafter Reise- und Transportrabatte für die Aussteller und Einkäufer der kommenden Messe eingegangen waren. Die weltumsspannenden Beziehungen des Tel-Aviver Großmarktes werden durch eine kurze Uebersicht dieser Eisenbahn- und Schiffsbegünstigungen ausgezeichnet illustriert.

Aegypten: Die «Khedival Mail»-Linie gewährt den Messebesuchern auf der Rückreise 25% Rabatt. Belgien: Die Antwerpner Reederei «Armement Deppe» befördert die Messegüter hin und zurück mit 25% Rabatt. Dänemark: Die Staatsbahnen gewähren den Messebesuchern in Form von Gesellschaftsreisen (mindestens 20 Personen) hin und zurück 30% Rabatt. Deutschland: Die «Deutsche Levante-Linie» (Hamburg) räumt auf den Transport der Messegüter hin und zurück 50% Rabatt ein. Estland: Die Staatsbahnen bewilligen den Messebesuchern auf der Rückreise 50% Rabatt und befördern Messegüter frei zurück. Griechenland: Die Staatsbahnen gewähren für Messebesucher Rückreise zum halben Preis und für Messegüter freien Rücktransport. Großbritanien: Die «Ellerman and Papayanni»-Linien (Liverpool) ermäßigen die Hin- und Rückfracht für Messegüter um je 25%; das Gleiche meldet die große Fracht-Agentur Cox & Kings (London) im Namen einer großen Anzahl britischer Schiffahrtslinien, für die sie Frachten bucht. Oesterreich: Die Bundesbahnen bewilligen den Messebesuchern auf der Hin- und Rückfahrt je 25% Rabatt. Polen: Die «Polish Transatlantic Shipping Co. Ltd. (Gdynia-America-Line)» gewährt auf ihrer neuen Konstanza-Palästina-Linie für Messsebesucher hin und zurück je 30% und für Messegüter hin und zurück je 33 und ein Drittel Prozent Rabatt. Schweden: Die «Svenska Orient Linien» (Oosteborg) räumen Firmenrepräsentanten, die zur Messe [illegible] hin und zurück mit je 25% Rabatt. Syrien: Die südsyrischen Eisenbahnen verwaltende Gesellschaft «Chemins de Fer de Damas, Homs et Prolongements» gewährt den Messebesuchern auf die Hin- und Rückfahrkarte 40% Rabatt.

Dies ist nur eine erste Blütenlese. Fast täglich laufen beim Tel-Aviver Messeamt aus aller Welt neue Rabatt-Ankündigungen ein, so daß die Liste der Verkehrsbegünstigungen sich von Woche zu Woche vergrößert. Ueber den jeweiligen Stand wird noch des öfteren zu berichten sein. Schon heute ist es klar, daß die Levantemesse Tel-Aviv 1934 dank namhafter Rabatte auf allen wichtigen Wegen des Weltverkehrs eine der wohlfeilsten Gelegenheiten sein wird, das wunderbare Aufbauland Palästina — «die Insel der Prosperität im Weltmeer der Krise» — aus eigener Anschauung kennen zu lernen und neue wirtschaftliche Beziehungen und kulturelle Verbindungen zum Orient, zu seinen aufblühenden Märkten, zu seiner ganzen in ihren Traditionen wie in ihrer Modernisierung unendlich reizvollen Lebenssphäre zu gewinnen.

Länder Europas, Afrikas und Asiens fördern, wie die Uebersicht uns zeigt, die Levantemesse Tel-Aviv. Das dürfte für die Exportindustrien aller Industriestaaten ein deutlicher Hinweis sein, die in Tel-Aviv zu erwartenden Abssatzchancen nicht außer acht zu lassen.

Mosche Friedmann
(Tel Awiw)

Die Diktatur der „Histadruth"

Der Verfasser der nachstehenden systematischen Zusammenfassung der sozialistischen Sünden in Palästina ist kein Revisionist, sondern einer jener palästinensischen Bürger, die nach jahrelanger aufopfernder Arbeit für das jüdische Land dessenEntwicklung und dessen Bedürfnisse aus dem Grunde kennen.

Die sozialistische Histadruth übt ihre Herrschaft über Palästina seit fast 13 Jahren aus. Es ist interessant, daß es deren Führern gelang, diese Herrschaft über den Jischuw nicht durch gewöhnliche Kriegsmittel an sich zu reißen, sondern durch ein Monopol-System im ganzen Bereich des Zionismus, auf den Gebieten der Wirtschaft, der Arbeit, der Politik, der Emigration, durch den Klassenkampf und durch die Macht der Faust. Letztens üben sie ihre Diktatur ganz offen aus, ohne Scheu und Bedachtnahme.

Das Monopol auf dem Gebiet des Zionismus

Die zehn Jahre hindurch, von denen die Zionistische Organisation sich mit der Kolonisierung der neuen Einwanderer beschäftigte und diese unterstützte (als es in der Kassa noch Geld gab), beherrschte die linke Organisation dieses Gebiet vollständig. Alles Geld, das durch den Keren Hajessod gesammelt wurde, wurde zur Kolonisierung von Linken und zur Unterstützung von deren Anstalten aufgewendet.

Der ganze Boden, der vom Keren Kajemeth aufgekauft wurde, ist von Mitgliedern der linken Partei besetzt worden. Von der zionistischen Kasse durften nicht nur keine Privatmenschen, sondern auch keine Mitglieder von sogar sehr starken Parteien, wie z. B. des Misrachi genießen. Wenn es einigen Abteilungen des Misrachi nach schwerer Mühe da und dort gelungen war, Kolonisationspunkte zu errichten und diese sich in schlechter Position befanden, so kam man ihnen nicht zu Hilfe, während man genau was die «Privatinitiative» schuf und den sozialistischen Punkten. Die Siedlungen auf privater Grundlage umfassen mehr Menschen als der ganze Emek.

Will man also, daß unser Palästina-Aufbau Erfolg habe, so mache man Schluß mit dem Monopol der Linken auf dem Gebiet der Kolonisation.

Das Monopol auf ökonomischem Gebiet

Viel gefährlicher war das Monopol auf ökonomischem Gebiet, das auf die Linken übergegangen war.

Im Verlauf der Zeit hat sich der Jischuw vergrößert und der Wert der Kolonisation ist kleiner geworden im Vergleich zum allgemeinen Aufbau des Landes. Deshalb war die Herrschaft der «Histadruth» noch viel schädlicher auf dem ökonomischen als auf dem kolonisatorischen Gebiet. Die linken Führer benützten statt der Kriegsmittel die Kraft der großen Zahl von Beamten (nicht weniger als 700) und das Vertrauen des Volkes, dem man einredete, daß sie die einzigen Vollstrecker des zionistischen Ideals sind. Darauf gestützt schufen sie aus dem Volksgeld eine Arbeiterbank, die ein Kapital von 90.000 Pfund besitzt und eine Reihe von Unternehmungsämtern. Es gelang auch, den Arbeitsgeber zu beherrschen ebenso wie den Arbeiter; den einen durch den Klassenkampf, den anderen durch das Arbeitsamt.

Der Klassenkampf.

Der Klassenkampf wurde von der sozialistischen Partei als Waffe für Drohungen gegen die Industrie verwendet. Die Zahl der Streiks gegen Fabrikanten, die sich nicht fügen wollten, ist weit größer als in anderen Ländern.

Nach der Statistik gab es in Rumänien von 1000 Arbeitern 19 Streikende, in Holland 66, in England 38 und im kleinen Palästina — 83!

Palästina, das noch keine feste Wirtschaft hat und keine starke Produktion, das erst am Beginn seiner Entwicklung steht, übertrifft in der Zahl der Streiks größere und gefestigtere Länder, solche, die mit ihrer Produktion einen angesehenen Platz in der Weltwirtschaft einnehmen.

Der größte Rekord an Streiks und Momenten des Klassenkampfs wird sogar von Leuten der «Histadruth» selbst vermerkt. Auf einer Konferenz des «Haschomer Hazair» in Wrutki sagte ein Führer der Histadruth: «Wenn wir den Klassenkampf nach der Zahl der Streiks bemessen, so gibt es kein zweites Land, wo diese Zahl größer wäre, als bei uns».

Man versteht, welche Wirkung diese Streiks in einem Land üben, wo die Produktion noch sehr jung ist und der Fabrikant selbst große Opfer bringen muß, bis es ihm gelingt, sein Unternehmen gedeihlich zu gestalten.

Die Streiks aber zwingen den Fabrikseigentümer, sich der «Histadruth» zu unterwerfen. Geschieht das nicht, so ist er gezwungen, seine Fabrik zu sperren. Für viele ist das ein Anlaß, eine geplante Fabrik überhaupt nicht aufzumachen.

Uns sind viele Fälle von gesperrten Fabriken infolge des Klassenkampfterrors bekannt. Die Zahl der Fabriken und anderer Unternehmungen, die von vornherein nicht errichtet wurden, einfach aus Angst vor dem Klassenkampf, ist natürlich nicht feststellbar. Mir aber ist aber durch Gespräche mit vielen Bekannten aus dem Mittelstand bekannt, daß die Zahl solcher Menschen, die der Klassenkampf von produktiver Leistung, die vielen Arbeitern Nahrung gegeben hätte, abhielt, sehr groß ist.

Es handelt sich hier nicht um das Problem günstiger Arbeitsbedingungen für die Arbeiter. Darüber sich mit den Unternehmern zu verständigen, ist ein Leichtes. Aber die vielen Streiks sind nicht wegen der Arbeitsbedingungen in Szene gesetzt worden, sondern um die Macht der «Histadruth» zu stärken.

Die «Histadruth» wacht darüber, daß Arbeiter, die ihr nicht angehören, nicht zur Arbeit zugelassen werden. Der Terror ist mitunter so groß, daß es in der Tat die Entwicklung einer Palästina-Produktion schwer behindert.

Man ist gewöhnt, die Schuld für den Zusammenbruch der vierten Alijah auf deren Menschenmaterial zu wälzen. Die Linken sagten, daß das die «Schnipischoker, die Luftmenschen-Einwanderung» war und deshalb nicht gedeihen konnte. Sie beschuldigten die Juden Polens, die Krisis erzeugt zu haben. Das ist eine schwere Unwahrheit! Wenn ein Jude ins Land gekommen war, 3000 Pfund besaß und bauen wollte, so hatten ihm seine Fachleute vorgerechnet, wieviel das Haus kosten müsse. Als aber die Bauarbeit in stärkerem Tempo einsetzte, wurden die Preise der Bauarbeit immer höher geschraubt, bis um 30—40%. Eine Institution, die die fehlende Summe geborgt hätte, gab es nicht, so daß diese Mittelstandseinwanderer in die Katastrophe des Zusammenbruchs hineingetrieben wurden. Fünf Millionen Pfund jüdischen Geldes gingen verloren. Schließlich aber schufen uns diese verachteten Mittelstandsjuden aus dem polnischen Ghetto doch das Herzstück Tel-Aviv, den ganzen Saron und auch die jüdische Industrie, die in stetem Steigen begriffen ist — alles das Werk der gelästerten vierten Alijah. Dabei verloren natürlich die Linken nichts daran. Diese Alijah brachte Zehntausende neuer Einwanderer, schuf Arbeit für den «Solel Boneh» und andere Anstalten und machte deren Beamtentum satt.

Wenn man der Hauptursache für die rasche Beendigung der vierten Alijah auf den Grund geht, so stößt man wieder auf den Klassenkampf der Linken. Die Statistik spricht da eine deutliche Sprache. Es ist so kein Wunder, daß eine so große Zahl von Streiks, die auf Kosten der jungen Industrie gingen, viele wohlhabende Menschen davon abhielt, ihr Geld im Lande zu investieren. Das brachte die Bauarbeit des Mittelstandes zum Stillstand und erzeugte die nachher ausgebrochene schwere Krise.

Wenn es nun einen Unterschied zwischen der vierten und der fünften Alijah, die sich in schnellem und gesundem Tempo entwickelt, gibt, so ist das nur dem neu geschaffenen Lager zu verdanken, das die Lehre vom Klassenkampf nicht anerkennt, von Streiks, die dem Aufbau des Landes schädlich sind, nichts wissen will. Dieses Lager ist der arbeitende «Zohar Ubetar» (Revisionistische Union und Brith Trumpeldor).

Der Streik in der Frumin-Fabrik und in Petach Tikwah haben den Rädelsführern der «Histadruth» gezeigt, daß es jetzt für sie gefährlich sei, sich der Streikwaffe zu bedienen, und das hat sie von neuen Streiks abgehalten. Wäre im Frühling dieses Jahres der Streik in Petach Tikwah gelungen, so wären sogleich auch Streiks bei der Bauarbeit in Tel-Aviv ausgebrochen, und das hätte bestimmt der ganzen Bauarbeit in der jüdischen Stadt und somit auch der jetzigen Einwanderung einen schweren Schlag versetzt.

so gearteten Unternehmungen der linken Parteien mit ungewöhnlich hohen, von nichtsozialistischen Juden des Mittelstandes gesammelten Geldsummen beisprang.

Wenn ein Jude, der sich nicht zum Sozialismus bekannte, in das Land kam, so konnte er auf die Hilfe jener Fonds nicht hoffen, die er in der Galuth unterstützt hatte.

Zieht man die großen Summen des Keren Hajessod und des Keren Kajemeth in Betracht, die zur Ansiedlung und Unterstützung der Linken benützt wurden (ein paar Tausend Seelen sind es, hauptsächlich im Emek), so ersieht man, daß jeder Kolonisierte des linken Flügels das jüdische Volk tausende Pfund gekostet hat; in der gleichen Zeit sind zehntausende Familien ins Land gekommen, die von der Zionistischen Organisation keinerlei Unterstützung erhielten, trotzdem diese Einwanderer, die sich zum größten Teil in der Saron-Ebene, in Tel Aviv und Haifa niederließen ungeheure Verdienstmöglichkeiten schufen und den Raum zur Aufnahme neuer tausender Einwanderer.

So verschwendete man Gelder für den Aufbau von zionistischen Institutionen, für Kleinkolonisation, die der «Parteiprogrammatik» entspricht, während man für die Aufbauarbeit, die in Tel-Aviv geleistet wurde, für den Handel, für alle kleineren und größeren Fabriken, die tausende Arbeiter beschäftigen, für die kleineren Orangenplantagen, die ohne die mindeste Hilfe der Zionistischen Organisation aufgebaut werden, nur Beleidigungen übrig hatte, Bezeichnungen wie «Schnipischok- und Hosenknopf-Fabrikation». Das alles hat dem Zionismus viel Schaden gebracht. Man benützte die beim Volk gesammelten Gelder für sozialistische Experimente, für Kleinkolonisationspunkte, die sich bis auf den heutigen Tag nicht selbst erhalten können und immer wieder Unterstützungen anfordern müssen. Wären dieselben Summen zur Unterstützung des Mittelständlers für seine privaten Unternehmungen in Stadt und Dorf ausgeworfen worden — die Resultate wären unvergleichlich günstiger gewesen.

Die Gelder, die für die Linken und ihre Institutionen benützt wurden, für die Kolonisation des Emek, für den «Solel Boneh», den «Hamaschbir» usw. sind nicht nur nicht richtig verteilt worden, sondern überdies in einer Weise, daß sie störend und verderbend wirkten. Man ziehe doch einen Vergleich zwischen dem,

(Schlußartikel folgt).

Jüdische Welt

Gründung der ersten Jeschiwah in Italien.

In einer von sämtlichen Gemeindemitgliedern besuchten Generalversammlung der orthodoxen jüdischen Gemeinde von Fiume wurde Rabbiner Dr. Joseph Breuer aus Frankfurt a. M. zum Gemeinderabbiner gewählt. Diese Wahl erhält dadurch eine besondere Bedeutung, daß mit ihr die Gründung der ersten Jeschiwa in Italien verbunden ist.

Eine ostjüdische Gemeinde in Amsterdam.

In Amsterdam wurde unter dem Namen Machsike Hadas eine ostjüdische Synagogengemeinde gegründet. Ihr geistlicher Führer ist Rabbi S. Halpern. Die Gemeinde hat eine eigene Talmud Thora-Schule eröffnet und beabsichtigt, demnächst eine Beth Jakob-Schule und eine Jeschiwa zu errichten.

Numerus Clausus in Litauen

Aus Kowno wird der «Vossischen Zeitung» gemeldet, daß auf der dortigen Universität bei der Immatrikulation der Studenten der Numerus clausus für Juden zur Anwendung gebracht worden ist.

Kongreß der Cuzisten in der Bukowina.

Dieser Tage fand in Radautz ein von 900 Delegierten beschickter Kongreß der antisemitischen Cuzisten-Partei ganz Rumäniens statt. Die Führer der Bewegung, die Professoren Cuza Vater und Sohn und der bekannte cuzistische Abgeordnete Robu hielten aufreizende antisemitische Reden.

Benzion Katz

Wo ist die geheime Hand?

Bevor ich die Frage: „Wo ist die geheime Hand?" behandle, will ich bei den Dokumenten verweilen, die Aba Achi Meir, der bekanntlich der Mitbeteiligung an der Ermordung Arlosoroffs beschuldigt wird, betreffen. Das Tagebuch Achi Meirs, seine Briefe, Zettel und ein vor Jahren geschriebenes Manuskript wurden vor dem Untersuchungsrichter verlesen. Alle diese Dokumente wurden so der Oeffentlichkeit übermittelt und haben wohl den Zweck, den naiven Leser zu verwirren, nicht verfehlt. Sie konnten aber fraglos nur aufzeigen, daß Aba Achi Meir ein von wirren und wehen Gedanken erfüllter Mensch ist. Mit der Ermordung Arlosoroffs jedoch haben sie nicht das geringste zu tun...

Meiner Ueberzeugung nach stellt das, was wir in den Manuskripten Achi Meirs (später als ein Monat nach dem Mord) finden, das beste Verteidigungsmaterial für Stawski dar. Achi Meir, der sich in der Zeit des Mordes in Jerusalem befand, wurde zzwar nicht zugleich mit Stawski vor Gericht gestellt, aber er erklärte selbst, dann schuldig zu sein, wenn Stawski schuldig sei, denn Stawski könne einen solchen Akt nicht ohne sein Wissen vollführt haben. Wäre nun Achi Meir wirklich schuldig, so hätte er wissen müssen, daß bei ihm und seinen Genossen früher oder später Hausdurchsuchungen vorgenommen werden würden. Hätte er selbst das nicht begriffen, so würden ihm andere, die Teilnehmer am Mord, darauf hingewiesen haben. Es wäre bestimmt alles vernichtet worden, was als Verdachtsmoment gegen die ganze Gruppe dienen kann. Menschen, die eine so einfache Sache in der Zeitdauer eines ganzen Monats nicht heraushaben, solche Menschen, sind wahrlich nicht imstande, einen Mord so geschickt durchzuführen, daß kein Mensch im ganzen Lande eine Spur des Automobils zu entdecken vermag. Deshalb ist es klar, daß Aba Achi Meir rein ist, daß es ihm nicht in den Sinn kam, bei ihm und seinen Freunden könnten Hausdurchsuchungen gemacht werden, daß man sein Tagebuch durchwühlen werde, welches er für sich selbst, für seine wunde Seele schrieb....

Einen noch größeren Beweis für Achi Meirs Unschuld ist jener bei ihm vorgefundener Zettel, der neben anderen Notizen, auch die Worte enthielt: „Die Gruppe A (Achi Meir) ist für den Mord." Es war ein Zettel, der viele Anmerkungen für einen Zeitungsartikel enthielt. Er spielte eine große Rolle in der Zeit des Prager Kongresses. Die Geschichte dieses Zettels erinnerte mich an den Witz von jenem Mann, der aus der Thora den Beweis erbrachte, daß man fremden Göttern dienen müsse. Man hat auf dem Kongreß diesen Zettel nämlich ohne den Anfang und ohne den Schluß gelesen. Wir aber wissen jetzt, wie er ganz aussieht, und daß er der beste Verteidigungsakt ist. Wer wollte, der hätte Achi Meir für so abgefeimt halten und ihm zutrauen können, daß er nach Organisierung und Durchführung des Mordes Artikel über Arlosoroff in anderem Ton als vor dem Mord schreiben, daß er seine Genossen, z. B. Jewin, oder auch Jabotinsky betrüge. Daß er sich aber selbst betrügt, dessen wird ihn doch wohl niemand beschuldigen. Die Polizei, die den Zettel gefunden hat, beschuldigt ja Achi Meir dessen nicht, den Zettel absichtlich geschrieben zu haben, um ein Alibi zu erbringen. Aus diesem Zettel aber geht klar hervor, daß Achi Meir rein und unschuldig ist. Dort findet man eine Notiz, in der er gegen den „Dawar" polemisiert, der die Betarim aus Nathania beschuldigte, an der Trauerfeierlichkeit für Arlosoroff nicht teilgenommen zu haben. Achi Meir verzeichnet, daß diese Behauptung des „Dawar" unrichtig sei, stellt das Gegenteil fest. Gibt es nun so etwas, daß ein Mensch, der gegen einen politischen Gegner einen Mord organisiert, weil er ihn für einen Verbrecher hält, es für nötig finden sollte, für sich selbst mit Zufriedenheit zu vermerken, daß seine Genossen und Schüler an der Trauerfeier für den Toten teilnahmen? Das ist psychologisch ausgeschlossen! Sich selbst betrügt niemand. Der Zettel ist deshalb der Beweis, daß Aba Achi Meir rein ist.

Aber dieses traurige Zettelchen hat auf dem 18. Zionistenkongreß eine große Rolle gespielt, hat Stimmung gemacht, Blut-Stimmung. Es figurierte gleichzeitig ein Telegramm darüber, daß Rosenblatt gestanden habe — gegenüber einem Zellengenossen... Hier hat die Untersuchungskommission in der Tat viel zu untersuchen, zu erfahren, was hinter den Kulissen vorgegangen ist. Ich will hier auch bemerken, daß wir anläßlich der Zeugen im Falle des Arlosoroff-Mordes in gewissem Masse an den österreichischen Ritualmordprozeß Hilsner erinnert werden, wo ein Zeuge behauptet, Hilsner von hundert Meter weit erkennen zu können. Der Zeuge in Tel Awiw will, wie ich glaube, Stawski von 150 Meter Entfernung erkennen. Derselbe Zeuge aber weiß nicht anzugeben, wer das Mädchen ist, mit der er zwei Abende am Meeresstrand zubrachte, obwohl er weiß, daß sie Schoschanah heißt. Und auch die Polizei kann dieses Mädchen nicht ausfindig machen.... Das ist aber Material für die Verteidigung und nicht für die Untersuchungskommission. So gibt jener Zeuge an, der Dieb, der kurze Zeit als Arrestant mit Rosenblatt in einer Zelle saß. Vor dem soll Rosenblatt ein Geständnis abgegeben haben. Die Untersuchungskommission wird wohl erfahren, daß Rosenblatt an jenem Freitag-Abend in Kfar Saba weilte, sie wird so auch erfahren, daß der Zeuge lügt. Man braucht aber nicht solange zu warten, um darüber Gewißheit zu erlangen, daß das ein falscher Zeuge ist. Das ist allen jenen klar, die den Bericht im „Dawar" lasen. Der Dieb stotterte beim Verhör herum, sagte zweimal „Nein" und erst „Ja", als ihn der Staatsanwalt Shitrit barsch anfuhr. Man muß daher kein allzu großer Psychologe sein, um zu verstehen, daß dieser Dieb ein falscher Zeuge ist. Es erhebt sich nur die Frage: Woher kommt es, daß ein Dieb herumstotternd falsche Zeugenschaft ablegt, wenn er kein materielles Interesse hat? Es ist nun klar, daß der Zeuge von geheimer Hand gedungen ist.

Nun fragt es sich: Wo ist die geheime Hand?

Aus Deutschland:

Wirtschaftliche Betätigung der Juden

Im September—Oktober-Heft der von den Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden und der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge und Arbeitsnachweise herausgegebenen Zeitschrift «Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik» gibt Dr. Hans Reissner einen Ueberblick über «Die wirtschafts- und sozialpolitische Gesetzgebung des Deutschen Reiches seit dem 30. Januar 1933», untersucht die Auswirkungen dieser Gesetzgebung und zeigt im Anschluß daran, welche Möglichkeiten wirtschaftlicher Betätigung den Juden im Rahmen dieser Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung offen bleiben. Der Verfasser weist darauf hin, daß legale Hemmnisse — aus rasse- und kulturpolitischen Erwägungen — allein gegen die Betätigung von Juden in den freien und Beamtenberufen aufgerichtet worden sind, während kaufmännische und fabrikatorische Tätigkeit von Juden durch gesetzgeberische Maßnahmen nicht eingeengt wurde. Dagegen sind Juden weitgehend vom unmittelbaren Mitgenuß der Ankurbelungsmaßnahmen des Wirtschaftsprogramms der Regierung ausgeschaltet und es ist zu erwarten, daß die Ausgliederung des jüdischen Wirtschaftselements fortgesetzt werden wird, sobald das Arbeitsbeschaffungsprogramm seine erste Wirkung, die Zahl der Arbeitslosen zu verringern, getan haben wird. Die jüdischen Angestellten, deren Zahl in Deutschland etwa .100.000 beträgt, von denen 35.000 bis 40.000 bisher organisiert waren, sind ebenso wie die 15.000 bis 20.000 jüdischen Arbeiter dadurch schwer beeinträchtigt, daß in die Angestellten- und Arbeitersäulen der Deutschen Arbeitsfront Nichtarier nicht aufgenommen werden. Berechtigungen, die sie aus ihrer Beitragsleistung in die früheren Berufsverbände erworben haben, sollen nur im Wege des Härteausgleiches in den Fällen eines «nachweisbaren Bedürfnisses» befriedigt werden. Auch können die jüdischen Arbeitnehmer infolge ihres Ausschlusses aus der Deutschen Arbeitsfront einstweilen vor den Arbeitsgerichten keine Rechtsvertretung erhalten. Zum Schluß unterstreicht Dr. Reissner die Bedeutung jener Vorgänge, die sich «neben dem Gesetz» — wie die «Frankfurter Zeitung» am 22. August schrieb — vielfach vollziehen. Falls mit den Gesetzen über die Nichtarier, hieß es in dem betreffenden Artikel, nicht zugleich auch die Grenzen der erlaubten Eingriffe festgelegt würden, so könnten solche lokalen Maßnahmen in Zukunft für die moralische und materielle Existenz der Nichtarier ausschlaggebend werden. Sie hätten «ohne ein Boykott zu sein — doch dieselbe Wirkung

Deutsche Landwirte und Juden

Der Genossenschaftsverband Raiffeisen in Frankfurt a. M. bezw. die Hauptabteilung III des Hessen-Nassauischen Bauernstandes liessen den angeschlossenen Genossenschaften am 1. September folgendes Rundschreiben zugehen:

«Der Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft kann nur gelingen, wenn die uns von der nationalen Regierung gestellten Aufgaben restlos erfüllt werden. In unserer genossenschaftlichen Arbeit werden wir überhaupt nur zu restlosen Erfolgen kommen, wenn die Bauern zusammenhalten und Verständnis für die gesamte genossenschaftliche Gemeinschaftsarbeit aufbringen. Der Feind für die genossenschaftliche Gemeinschaftsarbeit ist nach jeder Richtung der Jude und der jüdische Handel, der auch heute wieder versucht, mit allen möglichen Verlockungen an die Landwirte heranzukommen und auch an die genossenschaftlichen Funktionäre. Jegliche Verbindung mit dem Juden und dem jüdischen Handel läuft nicht nur jeder genossenschaftlichen Auffassung zuwider, sie ist auch ein Verstoß gegen nationalsozialistische Grundsätze. Wir verlangen aus diesem Grunde und zur Lösung der uns gestellten großen genossenschaftlichen Aufgabe, daß unsere Genossenschaften jegliche Verbindung mit dem jüdischen Handel im Einkauf und Verkauf unverzüglich abbrechen. Zuwiderhandlungen werden wir zu geeigneter Zeit zu ahnden wissen. Ferner verlangen wir von unseren Genossenschaftsverwaltungen, daß sie uns diejenigen Landwirte melden, die nach wie vor mit Juden handeln. Es ist allerdings notwendig, daß mit diesen Meldungen authentisches Beweismaterial vorgelet wird. Jüdische Händler, die abfallende Bemerkungen gegen unsere genossenschaftliche Arbeit machen, sind ebenfalls bei uns unter Vorlage des erforderlichen Materials zur Anzeige zu bringen. Neuerdings ist auch festzustellen, daß jüdische Firmen, um ihre Geschäfte weiter betreiben zu können, sich mit christlichen Vordermännern versehen. Auch solche Vorgänge müssen uns laufend berichtet werden, damit wir entsprechend einschreiten können. Der Kampf gegen das jüdische Kapital und gegen die jüdische Mißwirtschaft, die nur zerstörend in unserer deutschen Volkswirtschaft wirken, muß lückenlos durchgeführt werden».

Palästina meldet:

Gegen die neue Gemeindeordnung

Jerusalem, 1. Oktober (J. T. A.). Der Waad Hair Rat der Juden Jerusalems, eine der Knesseth Israel angeschlossene Körperschaft, richtete an die Palästinaregierung das Ersuchen, die für den 6. Oktober festgesetzte Inkrafttretung der Municipal Corporations Bill zu verschieben, damit Zeit zur Prüfung der getroffenen Abänderungen von der Local Goverment Ordinance gewonnen wird. Die jüdische Bevölkerung wendet sich insbesondere gegen die Bestimmung, daß nur palästinensische Bürger das Stimmrecht ausüben dürfen. Durch eine solche Bestimmung werden Tausende jüdische Einwohner ihres Wahlrechtes beraubt.

Eine in Jerusalem abgehaltene Konferenz, an der 16 Bürgermeister, unter ihnen der Vizebürgermeister von Tel Awiw und der jüdische Bürgermeister von Tiberias, teilnahmen, überreichte der Regierung ein Memorandum mit Verbesserungsvorschlägen zur Municipal Corporations Bill, in dem die Konferenzteilnehmer ihren Rücktritt kündigen, falls die Regierung ihre Wünsche nicht in Erwägung ziehen sollte.

Wieder Lehrerstreik

Die jüdischen Schulen, die nach den Ferien am 1. Oktober wieder hätten eröffnet werden sollen, bleiben vorläufig noch geschlossen, da die Lehrer sich mit der von der Regierung geforderten Reduktion der Gehälter nicht einverstanden erklären und auch den Kompromißvorschlag des Waad Leumi, ihnen den gekürzten Gehaltsteil in Form eines Familienzuschusses zu gewähren, zurückgewiesen haben.

350.000-Pfund-Anleihe der Stadt Tel Aviv

Der Stadtrat von Tel-Aviv hat mit Stimmenmehrheit beschlossen, die städtische Anleihe von 350.000 Pfund, über die in letzter Zeit Verhandlungen mit der Palästinaregierung und verschiedenen Bankgruppen geführt worden waren, aufzulegen. Von dem Gesamtbetrag der Anleihe, die von der Palästinaregierung bereits bewilligt wurde, sollen 180.000 Pfund zum Ausbau der Wasserleitungs- und Kanalisationsanlagen und 80.000 Pfund zur Errichtung von Schulgebäuden verwendet werden. Die Anleihe ist in 25 Jahren rückzahlbar.

Sozialisten sorgen für Streiks vor

Tel-Aviv, 2. Oktober (JTA). Seitens der Exekutive der Allgemeinen Jüdischen Arbeiterföderation (Histadrut) wird mitgeteilt, daß vom 1. Januar bis 1. September 1933 dem permanenten Streikfonds der Histadruth insgesamt 3200 Pfund zugeflossen sind, davon 2000 Pfund an Mitgliederbeiträgen und 1200 Pfund an Spenden.

Aus diesem Streikfonds wurden die streikenden Arbeiter in der Yazur-Gerberei zu Jaffa, die alle Araber sind, unterstützt. Der Tel-Aviver Arbeiterrat hat unter den Lederarbeitern eine Geldsammlung zugunsten der Streikenden eingeleitet, nachdem die Besitzer der Gerberei in Alexandrien das Abkommen zwischen den Streikenden und dem Leiter der Fabrik nicht akzeptiert hatten.

Judenhaß an der Ostsee

(Brief aus Lettland)

Wenn man nach längerer Abwesenheit wieder ins kleine Lettland kommt, erkennt man es kaum wieder. Das Land ist durch eine rigorose Devisensperre, (wohl die absoluteste, die es in Europa gibt), wirtschaftlich von der Außenwelt abgeschlossen. Die Handelsbilanz ist zwar in der letzten Zeit aktiv geworden, aber auf eine gewaltsame Weise, deren letzter Nutzeffekt für die Bevölkerung durchaus fraglich erscheint. Abgesehen von ein paar vereinzelten Industriezweigen (wie z. B. die Textilindustrie), die infolge der wirtschaftlichen Absperrung eine fast monopolistische Stellung auf dem Inlandmarkt genießen, liegen die Handels- und Gewerbezweige, mit denen die jüdische Bevölkerung verbunden ist, völlig darnieder. Die Verarmung der Juden schreitet fort, und die Unmöglichkeit das vorhandene Kapital in Form von flüssigem und vor allem ausfuhrbarem Geld zu realisieren, unterbindet die Möglichkeit der Auswanderung, soweit sie nicht ohnehin durch die palästinensischen Einwanderungsgesetze unterbunden ist.

Diese verzweifelte Lage, aus der jeder einen Ausweg sucht, wird durch eine düstere Wolke am Horizont «gekrönt». Ein wachsender militanter Antisemitismus macht sich in Lettland breit, der immer weitere Kreise der patriotischen Jugend gewinnt und dessen Leitmotiv lautet: «Nicht-Letten raus!» Dieser Minoritätenhaß wird von einer fascistischen Gruppe getragen, die mit großem Elan die Volksmassen zu gewinnen versucht; nicht ohne Erfolg. Der «Führer» dieser Gruppe gab vor kurzem auf einer Massenversammlung in Riga seine politischen Ziele bekannt. Sie gipfeln in der Forderung, daß die nationalen Minoritäten einfach verschwinden mögen.

Die Deutschen sollen Letten werden oder nach Deutschland auswandern; die Russen — nach Rußland; die Juden? — «Na, die sollen nach Palästina gehen oder wohin sie wollen; mit den Juden werden wir schon fertig werden», sagte der «Führer» und wurde eifrig beklatscht.

Die «gleichgeschaltete» Volksgruppe der lettländischen Deutschen hatte anfangs für den lettischen Fascismus große Sympathie. Sie hoffte, auf dem Boden des Judenhasses und des antiparlamentarischen Bekenntnisses eine Brücke schlagen zu können vom Dritten Reich nach Lettland, eine Brücke, die sowohl den Deutschen Lettlands nützen würde als auch eine deutsche Orientierung der lettländischen Außenpolitik herbeiführen könnte. In seiner obenerwähnten Programmrede jedoch enthüllte der lettische Fascistenführer eine Erklärung: er will alle Nicht-Letten hinauswerfen außer Litauer und Esten. Es ist also anscheinend eine Art «baltische» Rassentheorie im Entstehen begriffen, aus deren Rahmen die Deutschen ausgeschlossen bleiben sollen, «wie die Juden»... Diese Erklärung machte dem Liebäugeln der Deutschen mit dem lettischen Fascismus ein Ende. Die Deutschen pochen nunmehr auf ihr Recht, vollberechtigte Lettländer zu sein, ohne auf ihr Deutschtum verzichten zu müssen...

Trotzdem der militant-antisemitische lettische Fascismus vielen noch sehr komisch erscheint, (wie alle militanten Bewegungen, die von jungen und ideenarmen Menschen geführt werden), ist er eine reale Gefahr. Die jetzige rechtsdemokratische Regierung behandelt diese Gruppe viel zarter als den militanten Flügel von links und erregt damit große Unzufriedenheit in jüdischen und neuerdings auch in deutschen Kreisen. Durch andere größere Beispiele belehrt, begnügen sich die Juden erfreulicherweise nicht mehr, wie es bisher zu sein pflegte, die wachsende Judenhaßbewegung «mit Verachtung (und geheimer Angst) zu strafen», sondern versuchen aktiv, ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß aufzubieten, um die Gefahr abzuwenden.

Es ist schwer vorauszusagen, ob es gelingen wird, die Gefahr wirklich zu bannen. Sollte der Fascismus in Lettland siegen, (es ist kaum vor einem Jahr zu erwarten), dann werden zwar die Deutschen, Russen usw. nicht «raus» müssen, denn Lettland ist keine Macht, die sich den Luxus eines offenen antilettischen Kurses in Deutschland, Rußland, Polen erlauben kann, aber die Juden werden «raus» müssen, denn wer wird sie schützen?

Vielleicht hängt die Entscheidung dieser Frage von einer größeren Entscheidung im Kampf zwischen Antisemitismus und Judentum ab, einer Entscheidung, die noch nicht gefallen ist.

B. L.

Baumfrevel in Chedera

In den Orangengärten der Pflanzer Botkowski, Gurewitz, Frank, Wilner und Lerman in Chedera wurden 86 junge Orangenbäume teils ausgerissen, teils abgesägt. In einem in der Nähe gelegenen Beduinenlager wurde von der Polizei eine vor kurzem gebrauchte Säge gefunden. Sieben Araber wurden unter dem Verdacht der Tat verhaftet. Der Kolonierat hat an die Behörden eine Eingabe gerichtet, in der schärfstes Vorgehen gegen die Baumfrevler und der Erlaß besonderer Schutzgesetze für Kulturen gefordert werden.

Palästina Wirtschaft

Finanzüberschuß der Palästinaregierung

Jerusalem, 19. September (JTA). In den Monaten April/Juli 1933 betrugen die Einkünfte der Palästinaregierung 1,165.420 Pfund, die Ausgaben 766.950 Pfund. Es wurde somit in diesen vier Monaten ein Ueberschuß von 398.470 Pfund erzielt. Die Gesamteingänge einschließlich buchmäßiger Belastungen betrugen 3,444.660 die Ausgänge und Erkennungen 3,457.130 Pfund.

2825 Personen im Laufe einer Woche in Haifa eingetroffen

In der Woche vom 14. bis zum 21. September sind, wie aus einer von der Palästina-Regierung soeben veröffentlichten Statistik hervorgeht, in Haifa 2825 Personen auf dem Seewege eingetroffen. Von diesen waren 1168 Einwanderer, 1300 Touristen und 357 rückreisende Palästina-Einwohner. Die überwiegende Mehrheit der Angekommenen waren Juden.

Die südlichste Siedlung

Ruchama, der bisher unbesiedelte südlichste Punkt des jüdischen Landbesitzes in Palästina, einige Meilen östlich von Ghaza gelegen, wurde durch die jüdische Gruppe Gan Schlomo von der Anglo-Palestine Bank erworben. Das insgesamt 1900 Dunam umfassende Gebiet soll sofort kultiviert und in kleine Pflanzungen aufgeteilt werden, die gegen langfristige Ratenzahlung zu mäßigen Preisen abgegeben werden sollen. Jüdische Brunnenbohrer haben sich bereits zur Anlage des ersten Brunnens und eines Wasserreservoirs nach Ruchama begeben.

Rizinus-Kultur im Emek

In Afuleh fand eine Konferenz von Vertretern der Emeksiedlungen, der Winzervereinigung und von Funktionären der Arbeiterorganisation statt, auf der beschlossen wurde, versuchsweise Rizinus-Kultur in Emek einzuführen. Zunächst sollen 500 Dunam mit Rizinusbäumen bepflanzt werden. Die Ernte soll zunächst in Frankreich abgesetzt werden; es ist jedoch geplant, für den Fall, daß sich die Möglichkeit einer umfangreicheren Rizinus-Kultur in Emek herausstellen sollte, im Lande selbst eine Fabrik für Rizinusöl zu errichten.

Jüdische Fischzucht Anlage bei Akko

Ein jugoslavischer Jude Bronko Sitzer, ein hervorragender Fachmann auf dem Gebiet der Fischzucht hat vor sechs Monaten am Kurdani Bach bei Akko hundert Dunam Boden vom jüdischen Nationalfonds gepachtet und einige Teiche für Fischzucht angelegt. Die Ergebnisse der Zucht nach der nunmehr abgelaufenen sechsmonatigen Brutzeit sind außerordentlich günstig. Demnächst soll die Belieferung des Haifaer Marktes mit Fischen aus der Anlage am Kurdani-Bach aufgenommen werden.

Neue Fabriken in Tel Aviv und Jerusalem

In Tel-Aviv und Jerusalem werden eine Reihe neuer Fabriken errichtet. Die Galil Company baut in Tel-Aviv eine Fabrik für Celluloid-Waren. Es ist dies bereits das dritte in letzter Zeit in Tel-Aviv gegründete Unternehmen dieser Art. In Jerusalem wird demnächst durch einen Neueinwanderer aus Riga eine Fabrik für Süßwaren eröffnet. Das gesamte Maschineninventar ist bereits eingetroffen. Die englische Gesellschaft Electric Refrigeration and Appliance Company Ltd. beabsichtigt, in Jerusalem die Erzeugung von elektrischen Kühlanlagen aufzunehmen.

Neue Stadt bei Tiberias

Zwei Juden aus Jerusalem, A. M. Freund und Salman White, haben in Poriah bei Tiberias ein Gebiet von 3000 Dunam angekauft, um dort eine Musterstadt anzulegen. Die neue Siedlung soll aus einem städtischen und einem ländlichen Teil bestehen; der städtische Teil soll in 1700 Parzellen aufgeteilt werden. Wasser wird aus dem Tiberias-See durch eine Pumpanlage beschafft werden. Die neue Siedlung wird den Namen Neu-Tiberias erhalten. Das Gebiet liegt 450 m über dem Meeresspiegel und hat im Sommer im Gegensatz zu dem sehr heißen Tiberias infolge der stets herrschenden Winde ein angenehmes Klima. Man rechnet damit, daß die neue Siedlung auch als Sommerfrische von großer Bedeutung sein wird.

Schiffslinie Polen Palästina

Am 27. September wurde in Konstanza die polnische Schiffslinie nach Palästina durch den polnischen Gesandten in Bukarest Miroslaw Arciszewski in Anwesenheit von Vertretern der rumänischen Behörden feierlich eröffnet. Für den Dienst Konstanza—Haifa resp. Jaffa hat die polnische Schiffahrtsgesellschaft Gdynia—Amerika den 15.000 Tonnen-Dampfer «Polonia» eingestellt. An der ersten Fahrt des Dampfers nach Palästina nahmen 700 Passagiere, unter ihnen 500 Palästina-Auswanderer und 140 Palästina-Touristen teil. Der Direktor und der Vizedirektor der Gdynia—Amerika-Linie sowie 20 Journalisten, Vertreter der bedeutendsten jüdischen und nichtjüdischen Zeitungen Polens, machen die Eröffnungsfahrt auf der polnischen Palästina-Linie mit.

Die österreichische Trefferanleihe

Es ist ein erfreuliches Zeichen der fortschreitenden Konsolidierung in Oesterreich und ein Symptom der ruhigen und optimistischen Beurteilung der Lage seitens der Regierung und der Finanzkreise, daß man es unternommen hatte eine Inlandsanleihe aufzulegen, die unter den Namen «4%ige österreichische Trefferanleihe 1933» rasch populär geworden ist.

Der Anleiheerlös wird in der Hauptsache zur Arbeitsbeschaffung durch öffentliche Investitionen verwendet werden. Der Restbetrag wird zur Konvertierung und Abdeckung staatlicher Verpflichtungen dienen.

Die Trefferanleihe wird in Blocks zu 100 Mill. Schilling ausgegeben. Die Anzahl der zu begebenden Blocks richtet sich im Rahmen der gesetzlichen Ermächtigung nach dem Ergebnis der Zeichnungen.

Für jeden Block gelten folgende Bestimmungen: Der Block umfaßt 200.000 Schuldverschreibungen zu 500 S, somit einen Nennbetrag von 100,000.000 S.

Jede Schuldverschreibung tragt die Bezeichnung des Blocks (Großbuchstaben A, B, C.) und eine Nummer von 1 bis 200.000.

Außer ganzen Schuldverschreibungen werden auch fünftel Schuldverschreibungen zu 100 S. ausgegeben. Die Unterteilung wird durch die Kleinbuchstaben a bis e gekennzeichnet.

Die Verzinsung der Schuldverschreibungen beträgt jährlich 4% vom Nennwert im Nachhinein. Trefferlosungen finden während der gesamten Anleihedauer im Ziehungssaal des Bundesministeriums für Finanzen in Wien I., Singerstraße 17 statt, und zwar im März und September eines jeden Jahres, das erstemal im März 1934, das letztemal im September 1983.

In den ersten 10 Jahren werden jährlich für jeden Block insgesamt ein Haupttreffer und 2200 Nebentreffer im Gesamtbetrage von 3,000.000 S. In den restlichen 40 Jahren werden jährlich 391 Treffer im Gesamtbetrage von 1,370.000 S. gezogen.

Die in Trefferziehungen gezogenen Schuldverschreibungen scheiden aus dem Spielplan nicht aus, sondern nehmen an den weiteren Trefferziehungen solange teil, bis sie bei einer Tilgungsziehung zur Rückzahlung gezogen werden.

Die Zeichnung begann am 2. Oktober 1933 und wird am 21. Oktober 1933 geschlossen.

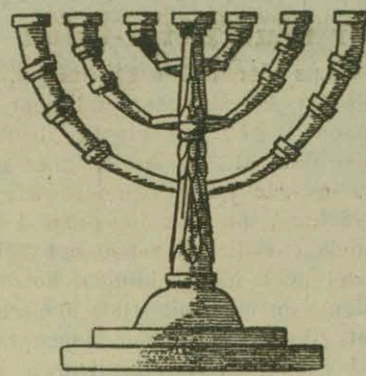
Laut den Mitteilungen der Mitglieder des Anleihesyndikats über die Ergebnisse des ersten Zeichnungstages, die sich allerdings nur auf die Beobachtungen in Wien und Landeshauptstädten gründen, ist der Verlauf sehr günstig. Es spricht für die Popularität der Trefferanleihe, daß die kleineren Zeichnungen überwiegen, die im ersten Tage die Summe von 73 Millionen S. erreicht haben. Von den Großzeichnern dürften wie verlautet, die Sparkassen 45 Millionen, die Postsparkasse 10, die Landes-Hypothekenanstalten 3, der Phönix 5 Millionen Schilling zeichnen.

Neues Verkehrsbüro in Wien

In Wien hat sich eine Gruppe tatkräftiger Menschen zur Gründung einer neuen «Reise- und Verkehrsgesellschaft», I., Rotenturmstr. 20 entschlossen. Dienstag, den 26. September fand die Eröffnung dieses Instituts statt.

Fahrkarten zu Wasser, zu Lande und in der Luft werden zu Originaltarifen ausgestellt werden können. Eine gut durchorganisierte Reiseauskunftei wird über die Kurorte, Sommerfrischen und Wintersportplätze Oesterreichs und des Auslandes erschöpfende Auskünfte erteilen, Gesellschaftsreisen arrangieren, einen klaglos funktionierenden Hotelnachweis führen. Der Reisende findet im neuen Büro auch die offiziellen Schalter für die Theater Wiens. Bei der Reise- und Verkehrsgesellschaft kann auch der Reisende seine Versicherung, sei es Reisegepäck, Haftpflicht und sonstige Versicherungen zu den günstigsten Bedingungen abschließen. Eine internationale Speditionsabteilung sorgt für den Transport von Gepäck und Gütern. Eine eigene Wirtschaftsabteilung wird insbesondere den kommerziellen Reisenden alle Auskünfte geben, die für die Anknüpfung neuer Geschäftsverbindungen in Oesterreich und umgekehrt die Grundlagen bilden sollen.

Berit Trumpeldor



Beilage des „Judenstaat“

Erscheint vierzehntägig | Nr. 1 | Herausgeber: Arjeh Köppel

Zum Geleit

Seit langer Zeit ist der Mangel eines betarischen Organs in deutscher Sprache fühlbar. Um dem abzuhelfen hat der Shilton beschlossen dem zionistisch-revisionistischen Organ «Der Judenstaat» eine Betarbeilage beizuschließen, die als offizielles deutsches Organ des Shilton anzusehen ist.

Die Hauptaufgabe der Betarbeilage ist es vor allem das Gedankengut des Zionismus wieder lebendig zu machen, den Schutt, der über ihm gewälzt worden ist aufräumen und die gegnerischen Gedanken auf ihren Wahrheitsgehalt kritisch zu prüfen. Zurück zu den alten Meistern des zionistischen Denkens, ist unsere Parole.

Die Betarbeilage wird bemüht sein, die Fäden, die den Betar mit Erez Israel verbinden, durch Verfolgung des palästinensischen Lebens überhaubt und des Betarlebens insbesondere enger zu knüpfen. Mit wachem Auge wird sie den heroischen Kampf des Betar in Erez Israel verfolgen und ihn in diesem Kampfe zur Seite stehen.

In den Aufgabenkreis der Betarbeilage fällt außerdem der betarische Nachrichtendienst, die offiziellen Ankündigungen und Erlässe des Shilton und die Nachrichten aus den Senifim Österreich, Tschechoslovakei, Ungarn und Jugoslavien. —Die Betarbeilage steht aber auch anderen Senifim zur Vertügung.

Wir lassen die erste Nummer der Betarbeilage erscheinen in der frohen Hoffnung, daß sie ihren Dienst am Betar voll und ganz ertüllen wird.

Die Redaktion.

Aus dem österreichischen Betar

Die Landeskonferenz

Anläßlich seiner 4. Landeskonferenz wandte sich der österreichische Betar zum ersten Male seit seinem Bestande an die breite jüdische Oeffentlichkeit. Das Wagnis gelang. Samstag, den 23. September wurden mit einer großartigen Kundgebung die Beratungen der diesjährigen Landeskonferenz eröffnet. hunderte, wohldisziplinierte Betarim und Betariot und zahlreiche Freunde und Sympathiker füllten den, mit blau-weißen Fahnen und dem Bilde Herzls geschmückten Festsaal des Alten Rathauses.

Der erste Referent des Abends, Dr. S. Lazarowicz aus Czernowitz, wußte auch, nachdem er die Vorgänge und die Haltung des Kongresses mit scharfen Worten gegeißelt hatte, den Eindruck und die Begeisterung der Anwesenden zum Ausdruck zu bringen, indem er auf die im Saale versammelte Jugend wies und ausrief: «Einem Volke, das eine solche Jugend besitzt, braucht um seine weitere Zukunft nicht bange zu sein».

Nach diesen Worten ergriff der Führer des österreichischen Betar, I. Goldstein das Wort zu seiner Rede über «Sinn und Weg des Betar». In einer tiefschürfenden Analyse wies der Redner auf die Zusammenhänge hin, die die Gedankenwelt des Betar mit unserer alten Geschichte, mit der Zeit unseres eigenen Staatslebens, verbindet. Der Eckpfeiler der betarischen Ideologie sei aber der Monismus, das alleinige Bekenntnis zum Judenstaatsgedanken. Der Betar erzieht daher seine Menschen zur Bereitschaft diesem Ideal unter allen Umständen zu dienen. Alles, dem Aufbau eines jüdischen Staates Nützliche bejaht der Revisionismus und der Betar; alles den Aufbau Hindernde oder Verzögernde muß daher der Betar notgedrungen bekämpfen. Nach der eingehenden Entwicklung der Hauptgedanken der betarischen Ideologie, wandte sich der Referent den Vorwürfen und Beschuldigungen der Gegner des Betar zu. In glänzenden, oft von stürmischen Beifallskundgebungen der Zuhörerschaft unterbrochenen Ausführungen, wies er die Haltlosigkeit all dieser Vorwürfe nach. Zum Schluß skizzierte der Redner die Aufgaben des Betar in der nahen Zukunft, wie sie sich besonders aus den politischen Parolen, die der Revisionismus in Prag proklamiert hat, auch für den Betar ergeben. Kraft der Wahrheit der betarischen Grundanschauung werde sich auf jeden Fall die revisionistische Bewegung durchsetzen. Stürmischer Beifall dankte dem Redner für seine inhaltsreichen Ausführungen. Aus hunderten jugendlichen Kehlen erscholl nun die nationale Hymne, die «Tykwa». Der erste Appell des Betar an die Wiener jüdische Oeffentlichkeit war vollauf gelungen.

Am folgenden Tage, Sonntag, fanden die Referate statt. Alle wichtigen Fragen, wie Erziehung, Alija und Hachschara, Probleme der Organisation und Mädchenarbeit fanden eingehende Würdigung. Die sich an die Referate anschließende Debatte unterschied sich in wohltuender Weise von der herkömmlichen Art der Verhandlungen bei solchen Anlässen. Die einzelnen Redner widmeten sich nicht fruchtloser Kritik, sondern zeigten neue Wege für die weitere Arbeit im Betar auf. Einen imposanten Abschluß bot der abends abgehaltene feierliche Appell des Wiener Betar. Ueber 450 stramme Jungens und Mädchen wohnten diesem einrucksvollen Jom Berit bei.

Dr. B. Lubotzky (Paris)

Elemente des Betarismus

Der Betar ist die Jugend der jüdischen nationalen Bewegung. Die nationale Bewegung ist der Willensausdruck eines staatenlosen Volkes, der auf die Wiedererlangung seiner politischen Freiheit gerichtet ist. Das Endziel j e d e r nationalen Bewegung ist der Nationale Staat, und ihre Form (wie: Stärkung des nationalen Bewußtseins, Kultivierung der Nationalsprache und der nationalen Lebensformen, Hervorhebung der historischen Erinnerung an die Periode der staatlichen Freiheit des Volkes) sind im Grunde nichts als Mittel, d e n W i l l e n z u m S t a a t nach außen zu manifestieren und zu begründen, nach innen zu stärken und zu untermauern. D i e s e r Kausalzusammenhang: nationale Kulturbewegung als Funktion des Willens zum Staat, — darf nie umgekehrt werden. Bewegungen tragen daher nie einen konservativen Charakter, d. h. sie sind nicht bestrebt, die bestehenden («Ghetto»-) Kulturformen zu e r h a l t e n, sondern sie sind als M o t o r e n d e s S t a a t s w i l l e n s, als n e u e r w a c h t e Kulturkräfte zu verstehen, die im Hinblick auf die erstrebte unabhängige f r e i e K u l t u r s c h ö p f u n g i m e i g e n e n S t a a t in stetigem Anwachsen begriffen sind. Dies ist auch der Sinn der Kulturrenaissance in der jüdischen Nationalbewegung: H e b r ä i s c h als die (vergangene und) zukünftige S t a a t s- u n d V o l k s s p r a c h e d e r j ü d i s c h e n S t a a t s n a t i o n. Verschwindet d i e s e, auf den Staat gerichtete Triebkraft der hebräischen Sprach- und Kulturrenaissance, dann ist dieselbe unvermeidlich unter dem Druck der realen Galuthverhältnisse, die eine Anpassung an die bestehenden fremden Staatskulturen gebieterisch fordern, zum Absterben verurteilt. Der Kulturgehalt des Jischuw in Palästina und der nationalen Bewegung in der Galuth ist a u s s c h l i e ß l i c h als Korrelat des jüdischen Staatswillens und der jüdischen Staatshoffnung auf die Dauer lebensfähig. — Daher ist die sogenannte «Kulturarbeit» in der nationalen Jugendbewegung s t e t s mit der V o r s t e l l u n g v o m w e r d e n d e n J u d e n s t a a t in Palästina und vom zukünftigen freien Kulturleben in diesem Staat zu verknüpfen.

Macht und Staat

Das Wesen der Galuth ist die Machtlosigkeit. Alle politischen, sozialen, kulturellen und seelischen Aspekte der Galut sind nichts als Ausflüsse der jüdischen Schutzlosigkeit, des «A u s g e l i e f e r t s e i n s». Die Renaissance des jüdischen Volkes beginnt daher eigentlich mit zwei grundlegenden Neuerungen: Akkumulierung nationaler (physischer) Kraft und Aufstellung eines wirksamen nationalen Schutzes. Ohne die Erweckung des vom Bewußtsein des Juden verschwundenen Bedürfnisses nach physischer Kraft und Selbstsicherheit ist die nationale Bewegung ein leerer Schall; denn ohne physische Sicherheit der Gemeinschaft bleibt alles nationale Tun im vorhinein im engsten Rahmen dessen, was die «Mächtigen der Erde» uns als Gnade, als Geschenk gewähren, eingeschlossen, — d. h. i m R a h m e n d e r G a l u t h.

Jüdische Macht ist Voraussetzung für den Durchbruch der Galuthschranken. Jüdische Macht bedeutet jüdische Handlungs- und Aufbauarbeit; Tun nach e i g e n e m Willen und Zweck. Machtlosigkeit bedeutet Tun im Rahmen des vom Fremden g e w ä h r t e n Raumes, heißt — Galuth. Kolonisation mit Anti-Galuth-Ziel, mit Judenstaatsziel, hat jüdische Macht zur unbedingten, logischen und realen, Voraussetzung. Kolonisation ohne Macht, sei sie noch so «feierlich» durch öffentliches Recht g e w ä h r t, kann den Rahmen der Galuth, des Minderheitsbleibens im fremden Staat, zwangsläufig nie überschreiten.

Betar heißt Erziehung zum gesunden nationalen Machtbedürfnis; Betar heißt gleichzeitig Akkumulation jüdischer Kraft; Betar ist der latente nationale Schutzapparat, ein die Schranken des Gnadendaseins durchbrechender M a c h t f a k t o r.

Hadar

Das Galuth-Leben, das Leben als verachtete, zweitrangige und vor allem schutzlose, der Gnade der Nachbarn ausgelieferte Menschen, hat unserem Volk das seelische Gleichgewicht geraubt. In der Seele vieler Juden leben die schärfsten Gegensätze offen nebeneinander: der Jude liebt «die Juden» und haßt sie; hält sie für die Besten und «Klügsten» und beschimpft sie gleichzeitig als unehrlich und dumm; haßt den «Goj» und verehrt ihn blind; ist überstolz, hochfahrend und kennt dabei keine Distanz. Diese seelische Zerrissenheit, das unruhige Schwanken zwischen zwei Gegenpolen, zerstörte die L e b e n s f o r m des jüdischen Individuums und der jüdischen Gesellschaft. Wir gewinnen durch Erziehung und vor allem durch stetige Selbsterziehung die Harmonie, Gleichmäßigkeit und Schönheit unseres Lebens wieder.

Der entscheidende Schritt dazu ist die Erlangung körperlicher und geistiger Selbstsicherheit. D a s B e w u ß t s e i n e i g e n r K r a f t i s t d i e V o r a u s s e t z u n g für die S c h ö n h e i t und H a r m o n i e der L e b e n s f o r m.

(Schlußartikel folgt).

Der neue Betar-Gdud

Aus der tiefen Erkenntnis, daß in der heutigen Zeit ein Abseitsstehen jüdischer junger Menschen vom großen Werke des Staatsaufbaues ein Verbrechen am Volke darstellt, gleichzeitig aber auch aus der Erwägung, daß es für junge Männer zwischen beiläufig 23 und 28 Jahren, die dem Jugendbund oder der studentischen Tätigkeit vielleicht schon entwachsen, sich aber in die Partei noch nicht einfügen konnten, keine richtige Betätigungsmöglichkeit gibt, Menschen dieses Alters aber kraft ihrer natürlichen, jugendlichen Energie, Agilität und Stoßkraft, die Kerntruppe jeder Organisation bilden sollen, hat der Betar seine neue Erwachsenengruppe, einen eigenen Gdud geschaffen.

Sein Zweck ist die straffe Zusammenfassung und Organisierung jüdischer junger Männer im früher erwähnten Alter und ihre Ausbildung im betarischen Geiste. In weiterer Linie Schaffung einer Kerntruppe des Revisionismus, die geeignet ist, die uns bevorstehenden schweren selbständigen politischen und organisatorischen Aufgaben restlos zu erfüllen.

Durch unermüdliche ideologische, politische und nicht in letzter Linie wehrsportliche Ausbildung, soll ein junger Führer- und Agitatorenstab herangezogen werden, der den Revisionismus zur herrschenden Bewegung in der jüdischen Gasse machen soll.

Der Brit Trumpeldor, unsere mächtige revisionistische Jugendorganisation ruft euch! Die heutige Zeit gibt keinen Raum für beschauliches Verhalten. Ihr alle die ihr den Glauben an das große Herzl'sche Ideal noch nicht verloren hat, ihr, die ihr im Zionismus die Befreiungsbewegung des ganzen Volkes seht und den brudermörderischen und volksvernichtenden Klassenkampf verabscheut, kommt zu uns, tretet in die Reihen des Betar, in seine neugeschaffene Erwachsenengruppe. Geht mit uns den Weg, den Jabotinsky uns neu gewiesen: den Weg zum Judenstaat!

Unsere Gedudabende finden vorläufig jeden Dienstag von 8—11 Uhr abends I. Biberstraße 26, Souterrain statt. Anmeldungen und Auskünfte dortselbst und im Sekretariat, IX., Berggasse 16 täglich vormittags.

Pekuda Nr. 39

Der Sabbat ist der höchste jüdische Nationalfeiertag!

Die meisten Juden in der Galuth sind, hauptsächlich in der Großstadt, nicht imstande, diesen Tag richtig und entsprechend zu feiern, und sind gezwungen, sich den Verordnungen und Gesetzen ihrer Wirtsstaaten auch in dieser Hinsicht zu fügen. Nichtsdestoweniger ist es Pflicht gerade einer patriotischen zionistischen Bewegung, dieses heiligste Gefühl der Juden zu achten und nach Möglichkeit durch Selbstbeobachtung der wichtigsten Bestimmungen zu unterstützen.

Es ist daher den Betarim verboten:

Am Sabbat Handlungen zu setzen, die das religiöse Gefühl der Juden oder das Ansehen des Betar offensichtlich verletzen.

Insbesondere ist es den Betar-Gruppen verboten: a) am Sabbat zu rauchen. b) Wanderungen für den Sabbat festzusetzen. b) Fahrten in der Stadt selbst zu unternehmen.

Dagegen ist es Pflicht der Betar-Führer, durch entsprechende Veranstaltungen (Oneg Schabbat usw.) in den Betarim das Gefühl für diesen Nationaltag stets zu nähren und zu festigen.

Bruch dieser Pekuda wird als Bruch der betarischen Disziplin aufgefaßt und als solcher bestraft.

I. Goldstein m. p.
Natziv Betar Oesterreich.

Vom Irgun des Hazohar und Betar in Erez Israel

Immigration und Arbeit

Die Olim der vierten Peluga aus Polen und einzelne Betarim aus Rumänien haben bereits alle Arbeit erhalten. Auch die Alija aus den Ostländern hat sich bereits in den Kolonien, insbesondere in Chedera eingeordnet. Demnächst treffen im Lande betarische Olim aus Bulgarien, Rumänien usw. ein. — Die Lage am jüdischen Arbeitsmarkt nimmt infolge des Mangels an Arbeitskräften eine bedrohliche Form an. Wird die Galuth insbesondere aber unsere Bewegung angesichts der Sperre der Tore des Landes schweigen?! Das Sekretariat des Irgun schickte an die Weltleitung des Hazohar und an den Shilton Betar einen Brief mit der Forderung, diese Frage an die Spitze der Probleme der Bewegung zu stellen.

Arbeitskonflikte

Außer den Konflikten auf dem Baumarkt in Tel-Aviv und im vereinigten Komitee der Stadtverwaltung entstand diese Woche neuerlich eine Differenz in der Fabrik des Herrn Lippmann — das zweite Mal von innerhalb zwei Wochen — die zu Prügeleien und Blutvergießen führte. Der Vertreter der Histadrut verlangte mit aller Energie das ausschließliche Zustimmungsrecht des Histadrutbureaus bei Aufnahme von Arbeitern. Der Vertreter des Irgun, der zu dieser Zeit in der Fabrik erschienen ist, wurde von den Arbeiterinnen, die Mitglieder der Histadrut sind, umringt. Es kam zu einem Zusammenstoß, da unsere Arbeiterinnen ihr Recht auf Arbeit mit Energie verteidigten. In einer Besprechung, die nachher mit dem Vertreter des Irgun abgehalten wurde, wurden uns 35% von der allgemeinen Zahl der Arbeiterinnen im Ort zugesichert. Die Histadrut, die 100% gefordert hatte, war gezwungen, sich mit 65% zu begnügen. In der Fabrik von Blum brach ein ernster Konflikt wegen der Arbeitsbedingungen aus. Unsere Chawerim im Orte teilten den Mitgliedern der Histadrut mit, daß sie bereit sind, zusammen mit ihnen den Streit zu führen, unter der Bedingung, daß ein Vorschlag über ein obligatorisches Arbeitsgericht von beiden Seiten käme. Diese Forderung wurde vom Gemeinderat angenommen und auch der Unternehmer stimmte bei. Die Chawerim des Irgun werden für eine Vertretung der Arbeiter sorgen, zu der auch wir Vertrauen haben können. Gerade dieser Forderung wird die Histadrut nicht bestimmen können und es ist klar, daß unsere Chawerim dann die Einheitsfront werden aufgeben müssen.

Chedera

Einen wahren Pogrom hatten wir letzten Sabbat von Seite der Linken in Chedera zu verzeichnen. Die Plugat Awodah des Betar weihte ihren Platz und die Hütten ihres Lagers ein. Kaum hatte bei der Feier, bei der mehr als 100 Chawerim aus dem ganzen Land und von allen unseren Institutionen erschienen sind,— das Mitglied des Sekretariats des Irgun eine Begrüssung begonnen, bei der er durch Erheben die beiden beim Ueberfall in Wadi Chawarit getöteten Arbeiter ehren wollte, als die Linken, Steine werfend, sich der Hütte näherten, die Fenster einwarfen und die in der Baracke Versammelten mit Steinen bombardierten. Die Chawerim, die hinausgingen, um die Angreifer zu verjagen, wurden auch mit Stöcken und Eisenstangen geschlagen. Die Polizei erklärte, daß sie zu schwach sei, den wildgewordenen Pöbel zu beherrschen, und als ein mit Chawerim vollbesetztes Auto aus Natania zur Feier kam, da wurde es von den Linken umringt, die die Pneumatiks zerschnitten, die Scheiben einschlugen. Während des ganzen Sabbats glich die Kolonie einem Lazarett. Betarim und Betariot, die allein auf der Straße gingen, wurden überfallen und geschlagen. Die Maskirut verständigte sofort viele Institutionen von dem Vorfall. Ein Mitglied der Maskirut fuhr eigens nach Chedera, und hatte mit dem Gemeinderat eine Unterredung wegen der «Neutralität» der Polizei. Eine Abordnung des Gemeinderates erhob auch sofort beim Bezirkskommandanten in Haifa Vorstellungen und dieser hat bereits eine Untersuchung eingeleitet. Zugleich hat die Maskirut die Möglichkeit der Verstärkung der Ortsgruppe um 100 Mann ins Auge gefaßt. Die Maskirut erließ einen diesbezüglichen Aufruf an den Jischuw, der einen so starken Eindruck machte, daß der Dawar sich gezwungen sah, einen eigenen Artikel zu schreiben. Ebenso schickte die Maskirut einen eigenen Chawer an alle Senifim des Irgun mit der Forderung, sich freiwillig zur Arbeit in Chedera zu melden. Im Laufe der Woche sind schon 10 Chawerim nach Chedera gefahren. Es ist zu hoffen, daß im Laufe des Monats die Zahl, die wir den Chawerim in Chedera versprochen haben, erreicht werden wird.

Im tschechoslovakischen Betarlager

Wenn man an einem Samstag nachmittag das Mächane-Betar bei Paseka besucht, bemerkt man nichts, was auf ein Instruktorenlager schließen liesse. Ein gewöhnliches Scoutlager, wie es viele hunderte auf der ganzen Welt gibt, freilich von besonderer Reinheit, wie es ja schließlich einem Betarlager entspricht. Vier große Holzhütten mit Zeltbahnen als Dachbespannung bilden den ganzen Wohnkomplex. In jeder ist für 10—12 Mann Platz. Einige Meter vor dem Tor flattert auf einem hohen Mast die blau-weiße Fahne. Hinter dem Lager rauscht ein Bach, dann erhebt sich ein steiler bewaldeter Hügel. Vor dem Lager eine große Uebungswiese; und dann der Fluß, die Latorica.

Die ersste der Hütten hat eine große hebräische Aufschrift: Jabotinsky.

Drinnen ein seltsames Bild: vier Betten in primitiver Weise gezimmert, dennoch sauber hergerichtet, auf einer Holzsstellage Waschzeug, Eßzeug und Tefilin; an Nägeln hängen Uniform und Turnanzug. Rechts ein einfach gezimmerter Tisch (drei Pflöcke in der Erde und zwei Bretter darüber) mit zwei Fächern, darin Bücher, Akten-Mappen und Zeitungen. Vor dem Tisch eine «Bank». Hier befindet sich die Mifkada; die Hütte dient als «Schlafzimmer» für die Madrichim (Instruktoren) und für den technischen Wirtschaftsführer. Außerdem ist sie zugleich Maskirut, und fast immer schreibt jemand an den Tisch. Auch die «Apotheke» befindet sich hier und so dient die Hütte auch als Ambulanz. Die zweite Hütte ist von Mädchen bewohnt. Ohel Herzl wird sie genannt. Von den vier Mädchen gehören drei zur «Plugat Batlanim», — teils wegen ihres zarten Alters, teils weil sie zu spät ins Lager kamen. Plugat Batlanim umfaßt alles, was nicht an der Instruktorenschule teilnimmt, Darga Alef, ausgelernte Samalim, Gäste und Kranke.

Der Gast will auch gerne die Menschen sehen, die solches zu leisten imstande sind. Gerade kommen sie von einem Ausflug nach Svalava zurück. Gemeinsam mit den dortigen Betarim wurde eine Ken-Sicha abgehalten. Es sind ungefähr 20 starke junge Männer, braun gebrannt und kerngesund. Da plötzlich wird die Unterhaltung mit den Gästen durch ein Pfeifsignal unterbrochen. «Entschuldigen Sie», hört man, und schon sind alle in den Hütten verschwunden. Kaum zwei Minuten, von Neuem ein Signal, jetzt mit der Trompete gegeben: Histader, Histader laschura wehitjascher. Das ist — Vergatterungssignal. Aus den Hütten kommen in Lau/schritt die uniformierten Schüler des Bet-Sefer. Sabath ist zu Ende, die normale Arbeitswoche beginnt mit dem Mifkad Erev.

Alles ist verändert. Bis jetzt sassen und standen alle fröhlich und kameradschaftlich beisammen, jetzt aber ist Dienst. Die besten Freunde von vorher sind jetzt nur Ueber- und Untergeordnete, Rosch Zeror und Samal-Torani. Schon stehen die zwei Zerorot in Reih und Glied, vor jedem der Mefaked. Ein Pfiff und die Kontrolle durch die Mefakdim beginnt. Uniform muß in Ordnung sein, Pinkaß Stock und Schuhe, alles wird kontrolliert.

Ein neues Signal zeigt das Erscheinen des Samal Torani an. Er ist der technische Leiter der ganzen Schule, seine Aufgabe ist es alles zu erledigen, so daß die Madrichim nur instruieren müssen. Er nimmt bei den Mefakde Plugot den mündlichen Rapport ab, kontrolliert nochmals die Leute und verliest dann den Tagesbefehl, Pekudot Seder; Nachtdienst und Küchendienst werden eingestellt. Nach einem neuen Pfiff erscheint der Madrich. Samal Torani läßt den Gedud Dom stehen und gibt seinen mündlichen Rapport: 20 Mann anwesend, einer fehlt, entschuldigt. Mit einem lauten Tel-Chai begrüßt der Instruktor die Schule, ein vielstimmiges Tel Chai kommt im Chor zurück. Der Madrich bespricht die Arbeit für morgen: morgen Sonntag ist normaler Betrieb, es wird niemand frei bekommen, Urlaubsansuchen sind nur bei den Madrichim einzureichen. Nachher kommt die allabendliche Rubrik: Fragen, Beschwerden, Vorschläge. Mit dem Einholen der Flagge und dem Absingen der Hymne «Mini-Dan», ist der eindrucksvolle Mifkad Erev zu Ende.

Die Arbeit ist schwer, täglich 10 Stunden, davon die Hälfte physisch. Aber es ist eben Hachschara Haganatit, und die Leute gewöhnen sich daran für ihr Ideal zu arbeiten und zu opfern. Nichts darf für einen Betar besonders für einen Samal (und das sollen sie werden) unmöglich sein. Eine Pekuda nicht zu erfüllen, das ist unmöglich. Unter den schwersten Bedingungen wird gearbeitet, manchmal kommt das Essen zu spät, die Sonne brennt, oder die Kälte und Nässe dringt durch die Kleider, trotz alledem: durchhalten, durchhalten! So ist die Stimmung. Trotz der schweren Arbeit herrscht ein gesunder Humor, alle Uebel werden von der heiteren Seite genommen.

Und es ist kein Wunder. Jetzt sieht man die braungebrannten kräftigen Körper zum Fechten bereit. Bald wird Jiu-Jitsu betrieben. Turnen und Schwimmen tragen zur Kräftigung des Körpers bei.

Außer den praktischen Fächern wird noch unterrichtet: Topographie, nationale Verteidigungslehre, Organisations- und Instruktionslehre und Ideologie.

Doch nach dem Mifkad Erev verwandeln sich die Soldaten und Arbeiter in jugendliche Menschen. Beim Lagerfeuer sitzen alle beisemmen, singen Lieder und träumen vom Leben in Erez. Der Humor findet hier Ausdruck in Gedichten, lustigen Liedern und Vorführungen. Und wenn man noch so müde ist, so ertönt doch zur Hora das «Jichje Jabotinsky im ha Legion». All zu früh unterbricht das nüchterne Signal des Schomer Hasman die heitere Stimmung. Die einstündige Abendruhe ist zu Ende. Alles eilt zur Hütte. Schuhe werden geputzt. Jeder geht schnell zu Bett, denn schon kommt die Sanitätskontrolle. Da ertönt ein Trompetensignal; kein Licht brennt mehr, nur der Maskir macht beim schwachen Licht seine Schreibarbeit weiter, kein Laut wird gehört, nur die Schritte der ersten Nachtwache: Menucha Schlema, vollständige Ruhe.

M. Goldberg.

Mitteilung des Palästina-Wirtschaftsdienstes

Die von der «Palestine Economic Service» neu errichtete Vertretung für Deutschland teilt uns mit, daß zur Zeit besonders günstige Chancen für die Gründung einer Ziegelei und einer Fabrik für Marmorsteine bestehen. Genaue Informationen und ausgearbeitete Projekte sind durch die genannte Vertretung, Berlin W 50, Tauentzienstr. 13 (Telefon Bavaria B 4 6154) mündlich oder schriftlich zu erhalten.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Landesverband der Zionisten-Revisionisten Oesterreichs, Wien, 9., Berggasse 16, für den Inhalt verantwortlich: Dr. Heinrich Glücker, Wien, 8., Lammgasse Nr. 10 — Druck: Appel & Co., Wien, 9., Liechtensteinstraße Nr. 21 Telephon Nr. A-16-1-14